



Soziale Stadt

info 23

www.sozialestadt.de

Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt

April 2009

Schwerpunkt:

Engagement von Akteuren vor Ort

Editorial	1
Unternehmerisches Engagement für die Revitalisierung einer Einkaufsstraße	4
Dachverein der Vereine: Die Bedeutung institutionalisierter Vernetzung für den Stadtteil	6
Grundschulpaten: Ehrenamtliche Bildungs- und Integrationspaten für Grundschulkinder mit Migrationshintergrund	8
„Wir im Brunnenviertel“	9
Integration von Zuwanderern in Mannheim-Jungbusch	11
Wohnungsunternehmen als aktive Partner in der Quartiers- und Stadtteilentwicklung	15
Wie kann das Engagement lokaler Akteure mobilisiert und unterstützt werden?	16
Was Bewohner-Engagement zur Verstärkung der Sozialen Stadt beiträgt: Das Beispiel Nord-Düren	18
„Soziale Stadt – meine Sicht“	21
Impressum	23
Anmerkungen aus Bundessicht	24

Editorial: Engagement von Akteuren vor Ort

Als das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ vor nunmehr fast zehn Jahren startete, wurde das Ziel, die Lebenssituation in benachteiligten Programmgebieten zu verbessern, mit einem Appell an unterschiedliche Organisationen, Institutionen und Akteursgruppen verbunden, dazu einen Beitrag zu leisten: Bund und Länder sollten und sollen mit der Bündelung unterschiedlicher Finanzierungsmöglichkeiten bzw. der Harmonisierung verschiedener Förderprogramme vorangehen, Kommunen ressortübergreifende Vernetzungsstrukturen in ihren Verwaltungen aufbauen, lokale Quartiermanagerinnen und -manager Interessen auf der Vor-Ort-Ebene bündeln, Kammern und Gewerbetreibende die Lokale Ökonomie (wieder-)beleben, die freien Träger der Wohlfahrtspflege Ressourcen vor Ort bereitstellen und vernetzen, Schulen und Kitas sich zum Stadtteil öffnen, Wohnungsunternehmen nicht nur ihren baulichen Bestand pflegen, sondern auch als „Gemeinwesenmanager“ fungieren. Zentral war und ist noch immer die Forderung, auch die Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Stadtteile sollten sich an der Entwicklung ihres Quartiers nicht nur beteiligen, sondern als „Ko-Produzenten“ eben jener Entwicklungen auch Verantwortung übernehmen.

Dieser breit angelegte Kooperations-, Kommunikations- und Koordinationsansatz befand sich in der öffentlichen Wahrnehmung von Anfang an in einem Spannungsfeld zwischen Wertschätzung und Kritik: Einerseits wurden – stark generalisiert – Chancen gerade für lokale Akteure und Netzwerke gesehen, sich stärker in Vor-Ort-Entwicklungen einzubringen, also ihre Interessen im Rahmen eines Demokratisierungsprozesses der Umsetzungsebene besser zu vertreten. Andererseits wird kritisiert, die Dezentralisierung tatsächlicher Entscheidungsmacht gehe nicht weit genug, außerdem würden Aktivierung und Beteiligung im Quartier nur selten zur Lösung von Problemen beitragen, insbesondere wenn diese – wie Arbeitslosigkeit – nicht auf der Vor-Ort-Ebene entstanden sind.

Die in diesem Heft versammelten Beiträge stellen sich der Frage, welchen Beitrag unterschiedliche Akteursgruppen für die Soziale Stadt tatsächlich leisten können, welche Erfolge sie erzielt haben und wo noch Handlungsbedarfe sowohl bei übergeordneten Rahmenbedingungen als auch konkret vor Ort gesehen werden.

Am Beispiel des Leipziger Ostens zeigt Karsten Gerkens, wie sich lokale Gewerbetreibende für die Stadtteilerneuerung engagieren: Um etwas gegen den Niedergang der zentralen Einkaufsstra-

ße in ihrem Quartier zu unternehmen, schlossen sie sich zu einer Interessengemeinschaft zusammen, die im Gebietserneuerungsprozess schnell zur zentralen Schnittstelle zwischen Verwaltung und lokalen Betrieben wurde. Motivation für dieses Engagement war unter anderem der Wunsch, Einfluss auf Bau- bzw. Sanierungsmaßnahmen zu nehmen und sich zu ökonomischen Fragen beraten zu lassen, besonders aber, nicht allein zu stehen. Wenngleich die gemeinsamen Aktivitäten im Umbauprozess erfolgreich waren, konstatiert Karsten Gerkens für die Zeit „danach“ eher Tendenzen eines Motivationsseinbruchs, unter anderem weil sich die individuelle Geschäftslage der einzelnen Gewerbetreibenden nicht immer in gleichem Maße verbessert habe wie das städtebauliche Erscheinungsbild der Straße.

Die Bedeutung von Vereinen und bürgerschaftlichem Engagement für eine positive Stadtteilentwicklung zeigen Stefan Rommelfanger, Irmgard Schiller und Wolfram Schneider in ihrem Beitrag über Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Aus der Überzeugung heraus, Stadtteilveranstaltungen wie der lokale Weihnachtsmarkt müssten als wichtige Identifikation stiftende Aktionen nicht nur einmal, sondern wiederkehrend angeboten werden, schlossen sich lokale Vereine, Verbände, Organisationen sowie Privatpersonen zunächst zu einem Trägernetzwerk zusammen, aus dem schnell ein gemeinnütziger Dachverein mit dem Ziel wurde, die Lebensqualität und das Zusammenleben im Quartier zu verbessern. Neben Festen werden Versammlungen und Informationsveranstaltungen organisiert sowie Gerätschaften – unter anderem Veranstaltungszelte – für bürgerschaftliche Aktivitäten verliehen. Problematisch wird die erfolgreiche Arbeit des Zusammenschlusses allerdings, wenn die Doppelfunktion seiner Mitglieder als Angehörige sowohl des jeweils „eigenen“ als auch des Dachvereins zur Überforderung führt.

Ein weiteres Beispiel für das Engagement von Privatpersonen in der Quartiersentwicklung sind die „Grundschul-

paten“ im Wiesbadener Stadtteil Inneres Westend. Hier begleiten knapp 30 geschulte Ehrenamtliche Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien bei Sprachentwicklung und Grundschulbesuch; angeboten werden unter anderem Hausaufgabenbetreuung, die Vermittlung zwischen Elternhaus und Schule sowie innerschulische Kommunikation wie Krisenintervention. Das Engagement der Ehrenamtlichen wird in starkem Maße angenommen und ist erfolgreich, wie Anna Weyers, Jana Diefenbach, Jörg Saathoff und Patrick Kouril in ihrem Beitrag herausstellen. Sie weisen jedoch auch darauf hin, der Ressourcenansatz für das Projekt sei zu knapp kalkuliert worden: Verwaltungsarbeiten und der Austausch der Ehrenamtlichen untereinander benötigten Zeit, außerdem brauche man geeignete Räumlichkeiten und Materialien. Trotz des ehrenamtlichen Engagements komme man letztlich nicht ohne einen festen Stellenanteil aus.

Dass sich auch Jugendliche mit Migrationshintergrund in großer Zahl engagieren wollen und können, zeigt das Beispiel des Berliner Brunnenviertels. Im Rahmen des dreistufigen Projektes „WIB-Jugend – Wir im Brunnenviertel“ (WIB) wurden seit 2006 zunächst Jugendliche motiviert, ihre eigenen Fähigkeiten mit kleineren Projekten oder Kursen im Quartier zur Verfügung zu stellen („Fördern“). In der zweiten Projektphase („Fordern“) geht es um die verpflichtende Weiterentwicklung persönlicher Fähigkeiten im Sinne berufsorientierter Qualifizierungsmaßnahmen. Gegenstand der dritten Phase („Verantwortung“) ist eine Ausweitung des Engagements auf die weitere Quartiersentwicklung, beispielsweise im Rahmen von Quartiersbeiräten oder der Projektentwicklung. Das Projekt erweist sich als äußerst erfolgreich – allein durch die Kursangebote konnten über 500 junge Quartiersbewohnerinnen und Quartiersbewohner erreicht werden. Voraussetzungen für die nachhaltige Stärkung von Motivation, Selbstbewusstsein, Kompetenzen und Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen sind – so Ilka Gindler in ihrem Beitrag – Anerkennung (auch durch eine materielle Aufwands-

entschädigung) und eine verlässliche Begleitung.

Das Engagement von Migrantinnen und Migranten spielt auch bei der Quartiersentwicklung in Mannheim-Jungbusch/Verbindungskanal eine bedeutende Rolle. So baut eine im Quartier lebende Türkin „Brücken“ zwischen verschiedenen Migrantenmilieus und den Gremien der Stadtteilarbeit: Sie ermutigt Zuwanderer, die Angebote im Quartier zu nutzen, und vertritt ihre Interessen in Stadtteilkonferenzen, Planungsrunden, Arbeitskreisen etc. Gestützt wird solches Engagement vom lokalen Quartiermanagement, das die drei Prinzipien Orientierung an Ressourcen, Multikulturalität als Chance sowie Alltagskultur als Ausgangspunkt verfolgt, wie Michael Scheuermann in diesem Heft darstellt.

Mit der Frage, welchen Beitrag die Wohnungswirtschaft als Akteur im Quartier leisten kann, beschäftigt sich Willi Hoppenstedt. Er schildert am Beispiel des Hamburger kommunalen Wohnungsunternehmens SAGA GWG, dass der gesellschaftliche Auftrag einer sozial verantwortlichen Wohnungsvergorgung heute auch eine aktive, integrative Quartiersentwicklung unter wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekten umfasst. Die Kundinnen und Kunden der SAGA würden daher als Partnerinnen und Partner der Stadtteilentwicklung gesehen, mit denen soziale Integration, gute Nachbarschaften und eine bessere Identifikation mit dem jeweiligen Wohnquartier erreicht werden könnten. Von der SAGA wird bewohnerschaftliches Engagement unter anderem durch kulturelle und Sport-Aktivitäten bzw. Veranstaltungen, die kostenlose Bereitstellung von Räumen sowie Spenden und Sponsoring unterstützt. Auch im Kernbereich ihrer Tätigkeiten sind Wohnungsunternehmen wichtige Akteure der Quartiersentwicklung, weil sie – so Hoppenstedt – mit ihren baulichen Tätigkeiten Impulse vor Ort setzen können.

Überlegungen, wie das Engagement lokaler Akteure mobilisiert und unterstützt werden kann, stellt auch Wolf-

gang Prauser in seinem Beitrag an. Er weist zunächst darauf hin, „klassisches“ bürgerschaftliches Engagement in Form von Vereinen oder ehrenamtlicher Tätigkeiten fehle in vielen benachteiligten Stadtteilen weitgehend, weshalb professionellen Akteuren dort oftmals die Aufgabe des Kommunizierens, Vermittelns und Vernetzens zukomme. Als Voraussetzungen für nachhaltiges Engagement benachteiligter Quartiersbewohnerinnen und -bewohner nennt er unter anderem langfristige Kontakte und persönliche Ansprache durch Fachkräfte. Außerdem benötige es „dauerhafte Stützstrukturen“, also professionelle Akteure, Räumlichkeiten, Finanzmittel (z.B. in Form von Verfügungsfonds) sowie Qualifizierungsmöglichkeiten. Auch die Verstetigung einer Raumorientierung der Verwaltung sieht Prauser als Teil unterstützender Rahmenbedingungen.

Über Verstetigung und bürgerschaftliches Engagement berichtet Hermann J. Schaaf aus Nord-Düren. Er weist unter anderem darauf hin, zivilgesellschaftliche Organisationen seien eine „wichtige Säule“ von Verstetigung; allerdings müsse mit der Schaffung entsprechender Strukturen frühzeitig begonnen werden. Beteiligung von Anfang an sei notwendig und meine nicht nur die Teilnahme an Runden Tischen oder entsprechenden Gremien, sondern vielmehr den Spannungsbogen von „Mitbestimmung“ über „Entscheidungsmacht“ bis hin zu „Selbstorganisation“. Unter anderem vor diesem Hintergrund seien Aktivierung und Beteiligung (personal-)ressourcenintensiv und ließen sich nicht „nebenbei“ erledigen. Als Beispiel für eine gelungene zivilgesell-

schaftliche Organisation nennt Schaaf die Stadtteilvertretung für Nord-Düren.

Ingeborg Beer wirft aus ihrer Perspektive ebenfalls einen teilweise kritischen Blick auf die Chancen und Restriktionen von Bewohnerengagement „zwischen Gemeinwesenproduktion und Überforderung“. Wie Prauser geht sie davon aus, in marginalisierten Quartieren weniger auf bürgerschaftliches Engagement zu stoßen – hier würde sich vieles eher um die alltägliche Lebensbewältigung drehen. Dies und die Beobachtung, familiäre und nachbarschaftliche Netzwerke würden kaum die Quartiersgrenzen überwinden, lässt Beer zu dem Schluss kommen, in Soziale-Stadt-Gebieten vor allem auf *Empowerment* mit einer eher offenen, experimentellen Herangehensweise zu setzen, was in eine ähnliche Richtung wie die Ausführungen von Hermann Schaaf weist. Dies stehe allerdings oftmals im Gegensatz zu „Fördermitteldenken, (...) Verwaltungsabläufen und Abrechnungsprozessen“, in deren Rahmen vor allem top-down-initiierte Beteiligungsprozesse ermöglicht würden. Neben eher offenen Rahmenbedingungen sei für Empowerment und Vor-Ort-Engagement auch die Einbettung in gesamtstädtische „Engagementstrukturen“ bedeutsam – als ein Beispiel nennt Beer die Angebote der Berliner Philharmoniker für Kinder – ebenso wie die Möglichkeit, umgekehrt Engagement aus dem Quartier in die Gesamtstadt zu tragen (beispielsweise Auftritte von Musikgruppen aus dem Quartier bei offiziellen Anlässen).

Insgesamt zeigt sich also: In vielen Programmgebieten gibt es ein starkes En-

gagement von Akteuren vor Ort, unter anderem motiviert durch den Wunsch, etwas für das Gemeinwesen zu tun, eigenes Know-how weiterzugeben, die eigene Situation bzw. Strukturen vor Ort zu verbessern, zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen zu vermitteln, Quartiersentwicklungsplanungen zu beeinflussen oder sich schlichtweg zusammenzutun. Vieles, was im weitesten Sinne der Entwicklung des Gemeinwesens dient, kann überaus erfolgreich sein. Zielsetzungen in „härteren“ Themenbereichen wie die Entwicklung der lokalen Wirtschaft scheinen dagegen allein mit Engagement „von unten“ kaum erreichbar. Die Beiträge in diesem Heft machen außerdem deutlich, dass insbesondere das (dauerhafte) Engagement der Quartiersbewohnerschaft geeignete Rahmenbedingungen benötigt. Dazu gehören in erster Linie professionelle Unterstützungsstrukturen vor Ort zwischen Quartiermanagement und Gemeinwesenarbeit, oftmals im Verbund mit materiellen Ressourcen wie Räumlichkeiten, Sachmitteln oder Budgets für Aufwandsentschädigungen und Qualifizierungsmaßnahmen. Bürgerinnen und Bürger müssen aktiviert und motiviert, Ehrenamtliche geschult und organisiert, Jugendliche gefördert und gefordert, Akteure insgesamt ernst genommen werden. Über allem steht der Wille der kommunalen Verantwortlichen, nicht nur Engagement jenseits top-down-initiiierter Beteiligungsverfahren zuzulassen, sondern daraus resultierenden Vorschlägen und Anliegen mit großer Offenheit und Flexibilität im Verwaltungshandeln zu begegnen.

**Difu-Projektgruppe
Bundestransferstelle Soziale Stadt**

Unternehmerisches Engagement für die Revitalisierung einer Einkaufsstraße

Zwischen Mut, Hoffnung und der Sorge vor dem Scheitern...

Stadterneuerung ist undenkbar ohne Kooperation mit Eigentümern und Gewerbetreibenden: Hier gilt im Gegenstromprinzip, dass Ansätze und Maßnahmen sowohl „von oben“ initiiert als auch „von unten“ entwickelt und getragen werden müssen. Die Aufwertung der Quartiere, das „Upgrading“ von Lage, sozialer Teilhabe und ökonomischer Vitalität, ist eine Gemeinschaftsaufgabe. So weit die Theorie. Wie verhält es sich aber mit Gewerbetreibenden, die sich aus der Erkenntnis, dass nur gemeinsames Handeln für ihren Standort stark macht, zusammenschließen, deren zeitliche und finanzielle Ressourcen aber so eingeschränkt sind, dass sie nur kleine Schritte gehen können?

Die Eisenbahnstraße im Leipziger Osten als Lo(c)kmeile

„Dort bekam man einfach alles, sogar ein Fischgeschäft war da – aber heute?“ Schnurgerade reiht sich in der gründerzeitlichen Einkaufsstraße ein Ladenlokal ans andere. Bis 1990 sicherte ein Fußmarsch über die anderthalb Kilometer einen erfolgreichen Einkauf. Seitdem hat sich fast alles verändert: Nur etwa jedes zweite Geschäft ist belegt, alteingesessene Läden haben oft aufgeben müssen, zugleich ist die Straße internationaler geworden. Die Leipziger City als attraktives Einkaufsziel und Einkaufszentrum am Stadtrand nehmen die Straße in die Zange: Mit der Tram braucht man jeweils nur wenige Minuten. Vor diesem Hintergrund haben engagierte und motivierte Gewerbetreibende mit tatkräftiger Unterstützung der IHK zur Jahrtausendwende die „Interessengemeinschaft Eisenbahnstraße e. V. – Lo(c)kmeile“ gegründet, um gemeinsam für die Entwicklung ihres Standortes zu kämpfen.

Im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung als Programmgebiet Soziale Stadt stand im Handlungskonzept die Revitalisierung der Eisenbahnstraße immer im Vordergrund. Die Stadt Leipzig war davon überzeugt, dass nur in der intensiven Kooperation von Verwaltung und Akteuren vor Ort die „hässlichste Magistrale Leipzigs“ (Leipziger Volkszeitung) wieder an Kundenakzeptanz gewinnen könnte und unternehmerischen Erfolg bringen würde. Vor dem Einsatz öffentlicher Mittel attestierte eine „Potenzialanalyse“ der Eisenbahnstraße die Fähigkeit zur Revitalisierung: Nicht mehr durchgängig als Einkaufsstraße, jedoch in drei Teilbereichen im Umfeld der Tram-Haltestellen können attraktive Nahversorgungsangebote Kundinnen und Kunden binden und Unternehmen ihr Auskommen sichern. Das spezifische Potenzial der ethni-



Straßenfest nach Umgestaltung der Eisenbahnstraße (Foto: Holger Staniok, Leipzig)

schen Unternehmer kann in einem „Internationalen Quartier“ mittelfristig zu einem Alleinstellungsmerkmal innerhalb Leipzigs entwickelt werden.

Lo(c)kmeile als starker Partner

Unmittelbar nachdem mit der Interessengemeinschaft seitens der Händler eine Organisation als Partner kooperationsbereit war, wurden durch die Verwaltung umfangreiche, aufeinander abgestimmte Maßnahmen umgesetzt:

- personelle Unterstützung für Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und Dokumentation,
- Konzentration der Sanierungsmaßnahmen und Aufwertung des öffentlichen Raums,
- kompletter Umbau der Straße mit Halbierung der Verkehrsbelastung, Stellplätzen, Radwegen etc.,
- Geschäftsstraßenmanagement zur Beratung, fachlichen Unterstützung und Initiierung einer Hilfe zur Selbsthilfe, auch während des Straßenumbaus,
- Beihilfe für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen und der Revitalisierung nicht nutzbarer Ladenflächen.

Der Umbau der Straße war das Schlüsselprojekt: Frühzeitige Einbeziehung in die Planung, ehrgeizige Ziele, ständige Beteiligung von Bürgerschaft und Unternehmen sowie sofortige unbürokratische Minimierung von – trotzdem noch erheblichen – Beeinträchtigungen haben neue Standards für Baumaßnahmen in Leipzig definiert. Die Lo(c)kmeile war zu dieser Zeit der entscheidende Ansprechpartner, sowohl seitens der Unternehmen zur Bündelung der Interessen als auch für Verwaltung und Baubetriebe zur Information, Problemlösung und bei der Versachlichung von Konflikten. Gerade die Schnittstellenfunktion hat die Lo(c)kmeile gestärkt: für die Unternehmen als „Sprachrohr von unten“, für Akteure „von oben“ als verlässliches Forum für effektive und wirkungsvolle Beteiligung.

Die Motivation der Gewerbetreibenden zur Mitarbeit in der Lo(c)kmeile ergab sich fast von selbst: Wer nicht dabei war, dem fehlten Informationen aus erster Hand, Unterstützung bei Widrigkeiten im Baualltag, Gesprächspartner zu unternehmerischen Fragen. Nicht zu vergessen aber auch der psychologi-

sche Aspekt: Ich bin nicht allein und werde nicht allein gelassen.

Seit 2005 ist die Straße neu gestaltet, die deutlich höhere Aufenthaltsqualität ist offensichtlich. Aber für die Gewerbetreibenden ist der große Durchbruch noch nicht erfolgt. Einige haben die bis 2007 mögliche Investitionsbeihilfe genutzt, Eigenkapitalschwäche und unbefriedigende Umsatz- und Ertragssituation behindern jedoch vielfach eine nachhaltige Standortsicherung.

Nicht einfach war und ist es für die Lo(c)kmeile, nach dem Umbau das neue zentrale Aufgabenfeld zu finden. Vielfältige Aktivitäten, vom Kunstfest bis zum „längsten Adventskalender“, die Beteiligung am „Neustädter Frühstück“ oder die private Finanzierung von Papierkörben, wurden realisiert. Dennoch ist derzeit nur wenig Schwung und Optimismus vor Ort erkennbar: „Wer soll’s denn machen, ich habe die Zeit nicht!“, ist ein oft wiederholter Satz in den monatlichen Treffen. Was sich für die Mitglieder bisher noch nicht erschlossen hat, ist die Effizienz kooperativer Maßnahmen in dem Sinne: Mein Engagement bringt einen Ertrag, der deutlich über meinem Aufwand liegt. Unabdingbar dafür ist es, alle Ideen und Aktivitäten auf ihre Wirkung zu prüfen. Eine Aktion ist erst dann abgeschlossen, wenn das Fazit für den Standort, fürs Image, aber auch für das einzelne Unternehmen und dessen „Kasse“ gezogen wurde. Auch hier gilt leider oft die Plattitüde: Gut gemeint ist das Gegenteil von gut!

Zusätzlich zur KMU-Förderung hat es sich als unverzichtbar erwiesen, für die Gewerbetreibenden umfassende Informationsangebote über Möglichkeiten der Beschäftigungsförderung bereitzuhalten. Lokal ansässige Unternehmen verfügen in unterschiedlicher Art über Potenziale für wohnortnahe Ausbildung und Beschäftigung. Diese Potenziale zu erschließen ist ein wesentlicher Beitrag zur Standortentwicklung. Gewerbevereine können hierfür Multiplikatoren und Lobbyisten sein. Dabei sind bei einer ethnisch stark gemischten Händlerschaft jeweils spezifische Anforderungen zu berücksichtigen. Die einzelbe-

triebliche Situation ist jedoch für eine Realisierung entscheidend!



Aufgewerteter Haltestellenbereich an der Eisenbahnstraße (Foto: Andreas Kaufmann, Leipzig)

Aus Sicht der Verwaltung braucht der Gewerbeverein weiterhin Unterstützung, jedoch stärker strategisch fundiert und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. So wurde z. B. mit Blick auf neue Förderbedingungen diskutiert, wie Standortentwicklung und Unternehmensförderung möglichst optimal miteinander verbunden werden können.

Arbeit für die kommenden Jahre: Lo(c)kmeile unter Zugzwang...

Wunder lassen auch in der Eisenbahnstraße auf sich warten: „Abschmelzungstendenzen“ ließen sich zwar stoppen, dennoch gibt es viele Leerstände und hohe Fluktuation, der geplante Discounter als Kundenmagnet ist immer noch nicht gebaut, der Anteil von international geprägten Läden liegt inzwischen bei über 50 Prozent. Erwartungen an die Lo(c)kmeile bestehen von allen Seiten: Sie muss einerseits die Mitglieder zur weiteren Mitarbeit motivieren und neue Mitsstreiter gewinnen, andererseits nach außen eine starke Lobby darstellen und Unterstützung mobilisieren.

Der Standort ist international, doch noch spiegelt der Gewerbeverein dies nicht wider. Frühere Ansätze verliefen im Sande: Jetzt besteht die Chance, innerhalb des neuen BIWAQ-Projekts „OstWerkStadt“ neben den deutschen Gewerbetreibenden auch die ethnischen zu unterstützen, in einer Kooperationsgemeinschaft zu aktivieren und Schritt für Schritt beide Organisationen in ihren Aktivitäten zu synchronisieren – mit dem Ziel, mittelfristig im gemeinsamen Verein für den gemeinsamen Standort zu wirken. Gleichzeitig agiert

jedes Unternehmen auf einem dynamischen Markt; grundsätzliche Veränderungen der Einzelhandelsstruktur fordern Strategien und Innovation auch in Grenzertragsunternehmen. Zur Kooperation gibt es keine Alternative – weder aus Sicht der Unternehmen noch aus der des Standorts.

Fazit: Unterstützung, aber auch Perspektiven...

Für die Quartiersentwicklung ist das Engagement der Gewerbetreibenden unabdingbar. Die eng mit der Revitalisierung der Eisenbahnstraße verflochtene Geschichte der Lo(c)kmeile verdeutlicht, dass Unterstützung erforderlich und wirksam ist. In Leipzig wurden und werden im Rahmen der Integrierten Stadtteilentwicklung durch die Bündelung von Förderprogrammen verschiedene Bausteine zusammengefügt. All dies droht aber ins Leere zu laufen, wenn sich nicht auch spürbar Erfolge einstellen. Ein kooperativer Ansatz entlässt keinen Unternehmer aus der Verantwortung für seinen Beitrag, auch nicht bei geringem wirtschaftlichem Erfolg und hoher Belastung im Betrieb. Konzeptionell muss zudem abgewogen werden, wie vital das Unternehmen der lokalen Ökonomie sich darstellt – denn eine Unterstützung muss auf fruchtbaren Boden fallen, um ertragreich für das Quartier zu sein. Wenn sich handlungsbereite und zukunftsfähige Akteure in einer Kooperationsgemeinschaft engagieren, kann eine professionelle Unterstützung Kreativität und unternehmerischen Mut anfachen und die Standortentwicklung vorantreiben. Auch kleine Schritte fördern das Vorankommen, wenn man weiß wohin, wenn es gute Wegweiser gibt und wenn man sich untereinander motiviert – laufen muss jeder allein!

Kontakt:

Karsten Gerkens
Stadt Leipzig
Leiter Amt für Stadterneuerung
und Wohnungsbauförderung
04092 Leipzig
E-Mail: asw@leipzig.de
www.leipziger-osten.de

Dachverein der Vereine

Die Bedeutung institutionalisierter Vernetzung für den Stadtteil

Einführung

Das Stadtteilprogramm Bismarck/Schalke-Nord wurde aufgrund gravierender Probleme, die vor allem durch den tiefgreifenden Strukturwandel im Gebiet mit rund 20 000 Einwohnern bedingt waren, im Jahr 1995 begonnen. Von 1995 bis 2007 wurden im Zusammenspiel baulich-investiver, sozialintegrativer und beschäftigungsfördernder Arbeitsansätze weit über 100 Projekte umgesetzt, es hat sich ein lebenswerter und qualitätvoller Wohnstandort entwickelt.

Zur Sicherung des Erreichten galt es, auch nach Ablauf der Sonderförderung Strukturen im Stadtteil zu bewahren, mit deren Hilfe die positive örtliche Entwicklung weitergeführt – verstetigt – werden kann. Das über mehr als zwölf Jahre eingeübte Miteinander und die Philosophie nach vorne gerichteten Denkens sollten bewahrt bleiben. Verlässliche Strukturen, die im Stadtteil verbleiben, waren zu stärken.

Unter den verschiedenen neuen Strukturen, die sich aus der Arbeit während der Programmlaufzeit entwickelt haben, ist das „Forum 2000 Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord e.V.“ aufgrund seiner integrierenden und vernetzenden Funktion von besonderer Bedeutung. Der Verein ist ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor, ein wichtiger Akteur im Prozess der Verstetigung der positiven Stadtteilentwicklung zur Unterstützung von Vereinen und Verbänden sowie zur aktiven Zusammenarbeit im Stadtteil. Das Forum 2000 als Träger bürgerschaftlichen, ehrenamtlichen Engagements verstärkt und generiert Potenziale, unter anderem unterstützt es Vereine und Organisationen aus dem Stadtteil, verwaltet und verleiht einen mittlerweile umfangreichen Gerätepool für Aktionen und führt Stadtteilveranstaltungen durch.

Genese und Struktur des Forum 2000

Es begann mit einem gemeinsamen Spiel- und Sportfest im Sommer 1996, angestoßen durch das Stadtteilmanagement in Zusammenarbeit mit sieben Vereinen. Dem folgte im Winter 1996 ein erster internationaler kleiner Weihnachtsmarkt, initiiert durch das Jugendamt mit sechs Ständen. Erstaunlicherweise und zur Freude der Initiatoren war die Resonanz der Stadtteilbevölkerung sehr positiv, die Besucherzahl unerwartet hoch. Hieraus entstand der Wunsch, die Zusammenarbeit im Stadtteil fortzusetzen und auszuweiten, die erstmals in dem Rahmen entstandene Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Verbänden, Organisationen und Einrichtungen in einer von der Bewohnerschaft selbstbestimmten Struktur auszubauen. Was als einmalige Aktion begann, als Aktivität eines offenen Netzwerks bürgerschaftlicher Organisationen, neuer Initiativen des Stadtteilprogramms und engagierter Privatpersonen, schloss sich letztlich zu einem gemeinnützigen Verein zusammen. Der am 19. Juni 2000 in Gelsenkirchen gegründete Verein führt den Namen „Forum 2000 Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord e.V.“. Zur Vereinsgründung kamen 21 Gründungsmitglieder zusammen, Ende 2008 zählte das Forum 2000 35 Vereine und Organisationen sowie zehn Einzelpersonen als Mitglieder.



Motivation, für den Stadtteil zu arbeiten

Die Gründungsmitglieder agierten in dem Gefühl, eine Chance der Beteiligung wahrzunehmen, die positive Entwicklung der Stadtteile aktiv mitzugestalten. In der Satzung des Vereins ist dessen Zweck mit dem Wunsch dargestellt, die Verbesserung der Lebensqua-

lität und des Zusammenlebens der Menschen in den Gelsenkirchener Stadtteilen Bismarck und Schalke-Nord zu fördern, speziell im Sport, der Bildung und Erziehung, der Kinder- und Jugendhilfe, im Bewahren des Brauchtums und der Völkerverständigung. Der Satzungszweck soll insbesondere verwirklicht werden durch

- Versammlungen, die die Begegnung, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Vereinen, Verbänden, Initiativen und anderen örtlichen Akteuren fördern;
- Informationsangebote und -veranstaltungen zu bewohnerrelevanten Themen und Belangen und andere Formen der Veröffentlichung und Präsentation von Stadtteilaktivitäten;
- die Unterstützung von Aktivitäten und Projekten, die Bewohnerinnen und Bewohner anregen, an der Gestaltung des Stadtteil Lebens mitzuwirken;
- die Initiierung und Förderung von Festen und Feiern (z.B. Stadtteilfeste, Straßenfeste), die die Identifizierung mit dem Stadtteil stärken.

Bisherige größte Erfolge

Stolz ist das Forum 2000 darauf, die Tradition der Stadtteilveranstaltungen geschaffen zu haben, jährlich zwei Veranstaltungen – mittlerweile haben bereits 26 Großveranstaltungen stattgefunden –, die von ehrenamtlichen Akteuren auf die Beine gestellt werden. Traditionell findet der Weihnachtsmarkt immer am dritten Adventssonntag statt. Auch das Sommerfest auf dem Bürgerplatz ist liebevoll gewordene Tradition geworden, die Bürgerplatzparty als Bismarcker Familienfest startet jeweils am letzten Samstag im August. Benannt ist der Festplatz nach dem Dichter der Romantik Gottfried August Bürger, doch die Bewohnerinnen und Bewohner sind überwiegend der Meinung,

dass er nach ihnen, den Bürgern von Bismarck, benannt ist – und das ist vielleicht auch die bessere Erklärung. Insbesondere diese Feste mit ihren regelmäßig großen Besucherzahlen zeigen,



Weihnachtsmarkt (Foto: Forum 2000)

in welchem Umfang Ressourcen mobilisiert werden können. Darüber hinaus sind eine wachsende Identität und ein Wir-Gefühl als Ergebnis der Arbeit deutlich spürbar.

Durch Ansiedlung der Geschäftsstelle des Vereins auf dem ehemaligen Bergwerksgelände Consolidation gelang es, eine intensive Partnerschaft mit den dort arbeitenden Kulturakteuren aufzubauen und an Programmentwicklung und -abstimmung dort aktiv teilzunehmen.



Eröffnung der Geschäftsstelle
(Foto: Stadt Gelsenkirchen)

Aufbau und Verleih des Gerätepools mit Veranstaltungszelten, Biertischgarnituren und technischer Ausrüstung sind für die Aktivitäten im Stadtteil ein mittlerweile nicht wegzudenkendes, gut genutztes Angebot. Außerdem gelang es während der Programmlaufzeit des Stadtteilprogramms, einen sog. rollenden Spielplatz anzuschaffen, der vom Forum 2000 verwaltet wird. Das ist ein Anhänger mit technischem Equipment und Spielgeräten, der ausgeliehen werden kann, um familienorientierte Stadt-

teilveranstaltungen zu beleben, mit dem das Forum 2000 selbst aber auch regelmäßig Familienfeste durchführt.

Im Jahr 2008 erschien der „Consol Lotse“, ein Stadtteelführer, der vom Forum 2000 zusammengestellt wurde, um möglichst alle soziokulturellen und anderen Angebote im Quartier zu präsentieren. Als Erfolg darf auch gewertet werden, von der Stadt Gelsenkirchen als Gesprächspartner „auf Augenhöhe“ akzeptiert zu sein. Als anerkannter langjähriger Partner verfügt das Forum 2000 über gute Kontakte zu Politik und Behörden, den Schulen und Kindergärten, aber auch zu örtlichen Geschäftsleuten.

Rolle der Stadt Gelsenkirchen

Startunterstützung gab das Stadtteilprogramm, wobei außerordentlich wichtig die Rolle des Stadtteilkordinators war, der zuerst als professioneller „Geburts-helfer“, später als im Stadtteil lebender Ehrenamtler die Aktivitäten des Forums 2000 strategisch und tatkräftig bei der Umsetzung begleitet.

Im Rahmen der Reaktivierung der ehemaligen Zechenfläche Consolidation bot sich die Möglichkeit, das frühere Pfortnerhaus des Bergwerks nach Renovierung dem Verein mietgünstig als Geschäftsstelle zur Verfügung zu stellen. Es gibt eine kontinuierliche Begleitung durch die Ehrenamtsagentur (Fortbildungen, neue Mitglieder). Gesichert wurden die Qualität und Kontinuität der Arbeit durch die langjährige intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro.

Grenzen des Engagements, Nachbesserungsbedarfe

Die Doppelfunktion durch die Arbeit im eigenen Verein und dem Dachverein bedeutet eine Belastung, die die Vereinsmitglieder des Forums 2000 zurzeit intensiv diskutieren. Eine Folge davon ist zum Beispiel, dass die Dokumentation der Aktivitäten nach au-

ßen, aber auch die interne Kommunikation in die einzelnen Vereine hinein zu kurz kommen. Diese Fragen der Wahrnehmung von außen, aber auch intern waren unter anderem Diskussionspunkt einer aktuellen Veranstaltung des Forums 2000, bei der es galt, hierfür Lösungen zu finden.

Die für diese erfolgreiche Arbeit wichtigen ehrenamtlichen Akteure dürfen nicht überfordert werden. Es muss zum einen Angebote geben, die hier aktiven Schlüsselpersonen für ihre weitere selbstständige Arbeit zu qualifizieren. Zum anderen sollen sie nach Abschluss der öffentlichen Förderung nicht das Gefühl bekommen, allein gelassen zu sein. Eine ernst gemeinte Partnerschaft mit professionellen Trägern, die ihnen auch in Zukunft Unterstützung geben, ist weiterhin wünschenswert.

Bedeutung für den Stadtteil

Auch nach Abschluss der aktivierenden Arbeit des Stadtteilmanagements gibt es durch die Aktivitäten des Forums 2000 regelmäßige Anstöße zu erweiterten Eigenaktivitäten im Gebiet. Die aufmerksame Beobachtung der weiteren Stadtteilentwicklung, der Wille, im Sinne der Philosophie des Miteinanders weiterzumachen, stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl und tun den Quartieren gut. Neue Formen der Zusammenarbeit wie der lokale Präventionsrat Bismarck erfahren durch die Beiträge und Erfahrungen des Forums 2000 hilfreiche Unterstützung. Die selbstbewusste Einforderung von Teilhabe gewährleistet weiterhin die kontinuierliche Auseinandersetzung vieler Akteure mit den Interessen der Stadtteilbevölkerung.

Kontakt:

Stefan Rommelfanger, Irmgard Schiller,
Wolfram Schneider
Stadt Gelsenkirchen, Referat Stadtplanung
E-Mail: irmgard.schiller@gelsenkirchen.de

Grundschulpaten

Ehrenamtliche Bildungs- und Integrationspaten für Grundschulkinder mit Migrationshintergrund im Wiesbadener Stadtteil Inneres Westend

Der Verein Kubis e.V. wurde im Rahmen seiner Tätigkeit immer wieder von Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils angesprochen, ob es denn möglich sei, in den Räumlichkeiten eine Hausaufgabenbetreuung für Kinder mit Migrationshintergrund einzurichten. Bei den Überlegungen ist man letztlich darauf gekommen, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zu akquirieren.

Während der Zusammenarbeit mit diesen ehrenamtlich tätigen Personen zeichnete sich ab, dass nicht nur die Kinder, sondern auch die oftmals „Nicht-Pädagoginnen“ und „Nicht-Pädagogen“ einer intensiven Betreuung bedürfen, um mit ihrem Engagement nicht allein zu stehen und in den häufig schwierigen Fällen einen Ansprechpartner zu haben.

Im Zuge der weiteren Entwicklung beschloss der Verein, sich über „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“, ein Programm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), eine Expertise erstellen zu lassen. Aus ihr sollte hervorgehen, unter welchen Rahmenbedingungen im Wiesbadener Stadtteil Inneres Westend eine Beteiligung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in größerem Rahmen möglich ist. Der Auftrag sah folgende Zielsetzungen vor:

- den Bedürfnissen der bereits engagierten ehrenamtlich Tätigen gerecht zu werden,
- weitere ehrenamtlich Tätige zu akquirieren,
- Fortbildungsveranstaltungen zu planen und so den ehrenamtlich Tätigen einen theoretischen Hintergrund zu vermitteln,
- die bestehende Hausaufgabenbetreuung zu einer Sprachförderung mit integrierter Hausaufgabenbetreuung umzugestalten,

- ein Netzwerk innerhalb des Stadtteils zu errichten,
- die ehrenamtlich Tätigen bewusst in den Entwicklungsprozess der Kinder mit einzubeziehen.

Die sprachliche Förderung bestand darin, die Kinder im Zweifelsfall auch spielerisch zum Sprechen zu bringen und Kanäle der Kommunikation zu öffnen. Dies geschah durch den Aufbau von Vertrauen zu den jeweiligen ehrenamtlich Tätigen und die Möglichkeit, auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Die Philosophie hierbei war und ist noch heute, dass „Sprache“, in diesem Fall die deutsche, das Handwerkszeug darstellt, mit dem Kinder in der Schule dem Unterricht folgen können.

Mit dem Ablauf des Projektes „Bildungsperspektive“ und dem entstandenen Netzwerk der lokalen Akteure (Schulen, Institutionen, Behörden, Vereine) wurde nach neuen Möglichkeiten gesucht, das abgeschlossene Projekt fortzuführen. Auf der Suche nach weiteren Kooperationspartnern kam man mit dem Evangelischen Dekanat Wiesbaden, das langjährig eine Hausaufgabenbetreuung anbot, und dem Amt für Einwohner- und Integrationsfragen ins Gespräch. Alle Beteiligten konnten sich einigen, und so ist die Sprachförderung mit integrierter Hausaufgabenbetreuung um einen weiteren Standort gewachsen.

Ein Pool von geschulten ehrenamtlich Tätigen, derzeit 27 Personen, begleitet Schülerinnen und Schüler aus dem Stadtteil im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren aus bildungsfernen Familien bei ihrer Sprach- und Grundschulentwicklung. Die Betreuung der Kinder durch Ehrenamtliche und Fachkräfte umfasst gezielte und individuelle Förderung der deutschen Sprachentwicklung, Hausaufgabenbetreuung, Kontakt

und Austausch mit Lehrkräften hinsichtlich Lernerfolg und -problemen, schulische Krisenintervention, Vermittlung zwischen Elternhaus und Schule, gezielte Elternarbeit und integrative Unternehmungen mit den Kindern. Die ehrenamtlich Tätigen weisen zu 90 Prozent keinen Migrationshintergrund auf und haben in über 60 Prozent der Fälle akademische Bildungsabschlüsse. Derzeit ist das Verhältnis zwischen Frauen und Männern etwa 2 zu 1, hier gibt es allerdings Fluktuationen, es war auch schon umgekehrt. Die Altersspanne reicht von 17 bis 68 Jahren, wobei anzumerken wäre, dass etwa 75 Prozent der Ehrenamtlichen über 40 Jahre und rund 40 Prozent über 60 Jahre alt sind. Die ehrenamtlich Tätigen besitzen zu einem nicht unerheblichen Teil den Doktorgrad (ca. 30 Prozent). Die Motivation für das ehrenamtliche Engagement lässt sich folgendermaßen umschreiben: etwas bewirken, einen Beitrag für die Gesellschaft leisten, sich der Probleme unserer Zeit annehmen, die nun vorhandene Zeit (Vorruhestand, Pension, Rente, eigene Kinder aus dem Haus) sinnvoll nutzen. Weniger oder kaum eine Rolle für das Engagement spielen religiöse Motive.

Als besonderer Erfolg wird seitens der Ehrenamtlichen wie auch der Projektleitung gewertet, dass die Kinder, trotz des ungeliebten Themas „Hausaufgaben“, mit Begeisterung zu den Terminen erscheinen. Des Weiteren ist anzumerken, dass die oftmals als verschlossen geltenden Bevölkerungsgruppen verschiedener ethnischer Herkunft uns gegenüber sehr aufgeschlossen sind und das Projekt als solches besonders in der türkischstämmigen Bevölkerung ein großes Ansehen genießt. Ein weiterer Erfolg ist die gute Kooperation zwischen dem Einwohner- und Integrationsamt Wiesbaden, den Schulen und dem Projekt. Dass Kinder, die eine Empfehlung für

die Förderschule hatten, letztlich nicht dort ihre weitere Schullaufbahn fortgesetzt haben, sondern nun regulär Haupt-, Gesamt- oder sogar Realschulen besuchen, wird von Außenstehenden oft auf das Projekt zurückgeführt, ein Zusammenhang, der aber naturgemäß nur schwer nachzuweisen ist.

Als problematisch hat sich der Umstand erwiesen, dass das Projekt zeitlich zu knapp bemessen wurde. Der administrative Teil wurde bei der Planung absolut unterschätzt; auch dem Bedürfnis der ehrenamtlich Tätigen, sich häufiger auszutauschen, wird leider zu selten Rechnung getragen. Um diese Probleme in den Griff zu bekommen, wurde phasenweise auf den Einsatz von Fachhochschulstudenten zurückgegriffen, allerdings kann und sollte dies keine Dauerlösung sein.

Ein weiterer kritischer Aspekt ist das Anwerben, Auswählen und Einarbeiten neuer ehrenamtlich Tätiger. Dies erfordert einen großen Teil der vorhandenen Kapazitäten. Insgesamt muss man bei der jetzigen Lage davon ausgehen, dass eigentlich eine 0,75-Stelle sowie das doppelte Zeitkontingent an Honorar-

kräften nötig wären, um das Projekt optimal durchzuführen.

Die eigentlich erforderlichen Rahmenbedingungen für das Projekt können folgendermaßen skizziert werden. Nötig wären

- geeignete Räumlichkeiten, um jeweils 20 Personen (zehn Erwachsene, zehn Kinder) in einer Gruppe unterzubringen,
- eine 0,75-Stelle für eine Sozialpädagogin oder einen Sozialpädagogen sowie eine weitere Stelle – hier könnte eine 0,5-Stelle ausreichen, sofern man auf Honorarkräfte zurückgreift –,
- geeignete Materialien zur Sprachförderung (Bücher, Spiele etc.),
- Fortbildungsveranstaltungen für die ehrenamtlich Tätigen.

Die kommunale Verwaltung der Stadt Wiesbaden verfolgt das Projekt mit großem Interesse und steht, was die Bereitstellung der Mittel angeht, mit einem nicht unerheblichen finanziellen Beitrag für das Projekt ein. Dies zeigt die Bereitschaft, sich der Bildungsproblematik anzunehmen und wird seitens Kubis e.V. sehr positiv gewertet.

Generell lässt sich anhand dieses Projektes deutlich zeigen, wie wichtig bürgerschaftliches Engagement innerhalb des Quartiersmanagements ist und wie man dies unterstützen kann. Sehr anschaulich ist ebenfalls, wie sehr sich die ehrenamtlich Tätigen auch für andere Themen und Probleme des Stadtteils interessieren und ihre eigene Wahrnehmung durch ihre Tätigkeit eine andere Perspektive erlangt. Viele der Ehrenamtlichen hatten diesen Stadtteil vorher nur selten oder gar nicht betreten (!). Bei all diesen Beobachtungen handelt es sich aber um schwer messbare Faktoren im zwischenmenschlichen Bereich. Die Grenzen liegen hier ganz klar in den Bereichen, die als kommunale Angelegenheiten kommunaler Entscheidungen bedürfen. Auf dieser Ebene aber werden erfahrungsgemäß nicht zwingend rational-logische, sondern eher politische Interessen verfolgt.

Kontakt:

Anna Weyers, Jana Diefenbach,
Dr. Jörg Saathoff, Patrick Kouril (Kubis e.V.)
Wellritzstraße 49, 65183 Wiesbaden
E-Mail:
grundschulpaten@kubis-wiesbaden.de

„Wir im Brunnenviertel“

Potenziale erkennen, Eigeninitiative unterstützen, Chancen ergreifen

Unter dem Motto „Jugendliche aktivieren Jugendliche“ fiel im April 2006 der Startschuss für das Projekt „WIB-Jugend – Wir im Brunnenviertel“, kurz „WIB-Jugend“. Seitdem ist das Quartiersmanagement-Gebiet Brunnenviertel-Brunnenstraße um eine innovative Projektidee und zahlreiche Kursangebote von und mit engagierten Jugendlichen mit Migrationshintergrund reicher. Grundlage für diese vielfältigen Aktivitäten der Jugendlichen ist das vom Quartiersmanagement Brunnenviertel-Brunnenstraße entwickelte WIB-Prinzip – hier stehen die Ressourcen und Poten-

ziale der Kiezbewohnerinnen und Kiezbewohner im Vordergrund. Durch sozialräumliche Vernetzung, Förderung der Beteiligung an Entscheidungen zur Quartiersentwicklung und Selbstinitiative werden Identifikation, Verantwortung und Engagement gefördert. Menschen bieten je nach ihren Fertig- und Fähigkeiten Kurse und Miniprojekte für andere im Kiez an. Durch dieses WIB-Prinzip wird nicht nur die Palette der sozialen Angebote im Quartier breiter – die Durchführenden gewinnen Selbstvertrauen, wichtige soziale Kompetenzen, soziale Kontakte und Know-how.

Im Rahmen des Jugendprojekts bekommen junge Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, gegen ein geringes Honorar Miniprojekte für andere junge Kiezbewohnerinnen und Kiezbewohner anzubieten und so mit der Umsetzung ihrer eigenen Ideen das Leben in ihrem Kiez attraktiver zu gestalten. Durch ihre Miniprojekte, die mindestens über drei Monate laufen, setzen sich die Jugendlichen mit ihren vorhandenen Ressourcen aktiv für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und ihres Wohnumfeldes ein. In den vergangenen drei Jahren wurden auf

diese Weise bereits mehr als 50 Mini-
projekte gefördert, deren Bandbreite
sich von Theater-, Musik-, Kunst- und
Sportaktivitäten bis zu Sprachförderung,
Hausaufgabenhilfe und politischer Bil-
dungsarbeit erstreckt. Der Zugang zu
den Miniprojekten ist niedrigschwellig,
und die Kurse sind für die Teilnehme-
rinnen und Teilnehmer kostenfrei, da-
mit auch sozial benachteiligte Kinder
und Jugendliche mit einbezogen wer-

WIB-Phase des Förderns

In der Anfangsphase „WIB-Fördern“
sind die Betreuung und das Coaching
durch die Koordinatorinnen Leyla Sir-
ma (zurzeit in Elternzeit) und Ilka Gind-
ler (VIA Regionalverband Ber-
lin/Brandenburg e.V.) sowie die Quar-
tiersmanagerin Alev Deniz sehr inten-
siv. Doch müssen sich die Jugendlichen
von Anfang an selbst ebenso um die



den können. So konnten über 500 jun-
ge Quartiersbewohnerinnen und Quar-
tiersbewohner erreicht werden. Diese
Vielzahl an Möglichkeiten des Enga-
gements und der Partizipation im Brun-
nenviertel spiegelt sich auch in der kul-
turellen Vielfalt der beteiligten Jugendli-
chen wider: Das Projekt ist geprägt
durch die rund 20 unterschiedlichen
„Hintergründe“ der Miniprojektleiter.

Dies sind Gründe, warum das Quar-
tiersmanagement das Aktionsprogramm
„Vielfalt fördern – Zusammenhalt stär-
ken“ nach der halbjährigen Pilotphase
2006 in den Jahren 2008 und 2009 er-
neut dafür gewinnen konnte, das Pro-
jekt „WIB-Jugend“ für männliche Ju-
gendliche mit Migrationshintergrund zu
fördern. Der VIA – Regionalverband
Berlin/Brandenburg e.V. ist Träger des
Projekts. Das eingegliederte WIB-Mäd-
chenprojekt (2008/2009) wird im Rah-
men des Bund-Länder-Programms „So-
ziale Stadt“ gefördert.

Räumlichkeiten wie um die Durchfüh-
rung und Abrechnung ihres Minipro-
jekts kümmern. Somit haben sie die
Verantwortung für das Gelingen ihres
Projekts selbst in der Hand. Die soziale
und die materielle Anerkennung der
Projektstätigkeit führen bei den Jugendli-
chen zu einer enormen Stärkung des
Selbstbewusstseins, wozu auch die
Gewissheit beiträgt, aus eigener Kraft
etwas bewegt und für ihr Umfeld getan
zu haben. Der Projektvertrag sowie die
Aufwandsentschädigung sind dabei un-
erlässliche Instrumente, die nicht nur
zur Professionalisierung beitragen, son-
dern auch Anerkennung und Relevanz
ihrer sozialen Tätigkeit hervorheben
und zu einer positiven Einstellung ge-
genüber sozialem Engagement führen.
Die Vorbildfunktion der jugendlichen
Kursleiterinnen und -leiter für die meist
jüngeren Kursteilnehmerinnen und
-teilnehmer wirkt sich zusätzlich positiv
auf die Bereitschaft zu sozialem Enga-
gement aus: „Die haben mich als Be-
zugsperson respektiert“, so eine 20-
jährige Kursleiterin, „und ich meinte zu
denen, ihr könnt so was später auch

machen. Die haben sich gefreut, die
fanden so was toll“.

Gerade Jugendlichen mit Migrationshin-
tergrund wird unterstellt, dass sie sich
wenig sozial engagieren. Doch häufig
wird hierbei vernachlässigt, dass sie be-
reits in den Familien und in der direkten
Nachbarschaft viele soziale Aufgaben
übernehmen. Ebenso ist vielen der Be-
griff „soziales Engagement“ nicht be-
kannt, oder es gibt andere Barrieren, die
den Zugang zu Institutionen versperren.
So berichtet ein Jugendlicher über seine
Raumsuche für einen Tanzkurs: „Die
vom Jugendzentrum wollten uns privat
die Räume nicht geben. Vor mir als
WIB-Leiter haben die jetzt mehr Res-
pekt“. Doch auch Teilnehmerinnen und
Teilnehmer des WIB-Projekts stoßen
immer wieder auf Regelungen, die das
Engagement erschweren. Gesundheits-
pass, polizeiliches Führungszeugnis, pä-
dagogische Ausbildungsnachweise –
diese meist teuren Zugangspapiere hal-
ten Jugendliche immer wieder vom so-
zialen Engagement ab.

WIB²-Phase des Förderns

Seit Mai 2008 kam ein weiterer Bau-
stein zum Projektkonzept hinzu. Das
Projekt heißt nun „WIB² – Fördern und
Fordern“. Die Jugendlichen werden in
diesem Rahmen weiterhin bei der Um-
setzung ihrer Miniprojektideen *geför-
dert*. Neu ist der zweite Baustein des
Forderns. Hierbei werden die jungen
Projektleiterinnen und -leiter in auf ihre
Bedarfe zugeschnittenen Workshops für
ihre Arbeit mit anderen Jugendlichen
oder für die eigene Professionalisierung
fortgebildet. Die Jugendlichen ver-
pflichten sich oder mobilisieren die in
ihren Kursen teilnehmenden Jugendli-
chen, an Qualifizierungsmaßnahmen
teilzunehmen. Darunter sind Maßnah-
men wie „Bewerbungscoaching“ und
„Kommunikationstraining“ oder spezifi-
sche fachliche Workshops für pädago-
gisches Arbeiten mit Kindern und Ju-
gendlichen. Diese Angebote werden
mit den Jugendlichen abgestimmt. Letz-
tere können Vorschläge und Wünsche
einbringen, die mit einer Mehrheitsent-
scheidung angenommen werden müs-
sen. Die Zertifizierung der Teilnahme

an einer Qualifizierungsmaßnahme erhöht für die Jugendlichen zusätzlich die Chancen der Arbeitsmarktintegration.

WIB³-Phase der Verantwortung

Derzeit ist ein weiterer Konzeptantrag für das Jugendprojekt im Quartiersmanagement eingereicht worden. Nach dem Fördern und Fordern kommt in diesem Konzept der Aspekt „Verantwortung für den Stadtteil“ verstärkt hinzu. Die Jugendlichen sollen ihre erworbenen sozialen Netzwerke dazu nutzen, andere Jugendliche oder Einrichtungen zur Unterstützung der Bürgerstiftung Brunnenviertel zu gewinnen. Hierbei geht es darum, das durch WIB für sich „Gewonnene“ an den Stadtteil zurückzugeben und eine nachhaltige Quartiersentwicklung zu unterstützen.

Den Jugendlichen bleiben durch das Projekt WIB² neben den vielen Erfahrungen und erworbenen Qualifikationen auch die sozialen Netzwerke erhalten. Einige engagieren sich bereits in den Bürgergremien des Quartiersmanagements, überlegen sich Projektideen für das Programm „Soziale Stadt“ oder bleiben in den Einrichtungen ehrenamtlich tätig. Das Projekt „Wir im Brunnenviertel“ konnte den jungen Projektleiterinnen und -leitern bisher die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung und Chancen durch die Mitgestaltung

der eigenen Lebenswelt aufzeigen – die Kursleiterinnen und -leiter, aber auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nehmen sich folglich als eigenständig handelnde Akteure mit Handlungsalternativen wahr. Eine Projektleiterin (17 Jahre) sagte: „WIB-Jugend ist das Beste, was mir passieren konnte. Ich habe durch WIB so viele Leute und Institutionen kennengelernt, von denen ich vorher gar nichts wusste oder bei denen ich mich auch gar nicht getraut hätte, mich zu melden, um meine Ideen umzusetzen“.

WIB-Prinzip: Projektive Integration

Im Sinne der projektiven Integration kann es nur gelingen, die Motivation, das Selbstbewusstsein und die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen nachhaltig zu stärken, indem deren individuelle und vielfältige Kompetenzen und Potenziale geachtet und gefördert werden. Diese Chance der projektiven Integration liegt im WIB-Prinzip: Jugendlichen Vertrauen entgegenbringen, Selbstvertrauen durch Anerkennung stärken, „Hilfe zur Selbsthilfe“ fördern und Verantwortung fordern. Um diese Ziele zu erreichen, hat sich eine Aufwandsentschädigung als nützliches Instrument für die Aktivierung erwiesen. Wichtig sind aber auch eine sichere Begleitung der Jugendlichen und die Koordinierung des Projekts – als Zeichen des Ernstnehmens und der Zuver-

lässigkeit. So können stabile Beteiligungsstrukturen aufgebaut werden und lässt sich nachhaltig das Interesse an der persönlichen Entwicklung und an der des Sozialraums fördern.

Literatur:

Jacobi, Louise (2007): Projektive Integration – Eine qualitative Studie zur integrativen Wirkung sozialen Engagements bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, FU Berlin, Institut für Soziologie.

Berglez, Regina/Deniz, Alev (2007): Evaluationsbericht 2006. "Wir im Brunnenviertel – Initiierung und Förderung der Partizipationspotenziale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund". Herausgegeben von VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.

Kontakt:

Ilka Gindler

VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.
Projektkoordinatorin WIB²-Jugend
E-Mail: wib-jugend@via-in-berlin.de
www.wib-jugend.de

Alev Deniz

Ehrenamtliche Mitarbeit und Konzeptentwurf
E-Mail: alevdeniz@gmx.de

Louise Jacobi

Quartiersmanagement Brunnenviertel/Brunnenstraße, E-Mail: ljacobi@list-gmbh.de

Foto: WIB-Jugend-„Kiezreporter“ Emrah Arslan.

Integration von Zuwanderern in Mannheim-Jungbusch

Die Vielfalt managen

Im Stadtteil Jungbusch, einem zwischen der Mannheimer Innenstadt und dem Handelshafen gelegenen gründerzeitlichen Wohngebiet, und der benachbarten Mühlau leben ca. 8 000 Menschen. Es ist ein junger Stadtteil: Kinder, Jugendliche und Studierende dominieren die Straßen und Plätze. In den 70er-

Jahren verließ die bürgerliche Mittelschicht das Quartier, und die damaligen „Gastarbeiter“ zogen in die freigewordenen Wohnungen. Arbeiter, Studenten, Künstler und seit kurzem auch Existenzgründer und Menschen mit kreativen Berufen wohnen und ar-

beiten heute in diesem lebendigen und urbanen Wohngebiet.

54 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner haben einen ausländischen Pass, und über 64 Prozent einen Migrationshintergrund. Unter diesen stellen die Türken die mit Abstand größte

Gruppe, gefolgt von den Italienern als zweitgrößter Migrantengruppe. Bei den Bewohnerinnen und Bewohnern unter 18 Jahren beträgt der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in bestimmten Alterskohorten bis zu 90 Prozent. Ähnlich zugespitzte Situationen findet man in der Jungbuschgrundschule oder in den Kindertagesstätten, Orte, an denen man früher als anderswo im Land lernen musste, Integration neu zu definieren.

Insgesamt leben Menschen aus 80 verschiedenen Ländern in Mannheims ehemaligem Hafenviertel. Die Vielfalt zu managen und Verbindungen zwischen Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensweisen und -einstellungen im Gemeinwesen herzustellen, ist die zentrale Aufgabe für die Stadtteilarbeit.

Während über Jahrzehnte hinweg eine Einwanderung von Menschen aus den Ländern des Mittelmeerraumes zu verzeichnen war, ist die aktuelle Situation dadurch gekennzeichnet, dass im Zuge der EU-Erweiterung eine Zuwanderung von Menschen aus osteuropäischen Ländern stattfindet. Daraus entstehen neue Herausforderungen und Konflikte, auf die die Gemeinwesenarbeit adäquate Antworten finden muss.

Zwischen den Einheimischen einerseits und andererseits den Migrantinnen und Migranten, die inzwischen in der dritten oder sogar vierten Generation in Mannheim-Jungbusch leben, hat sich ein weitgehend konfliktfreies Alltagsleben herausgebildet, wenn auch die Lebenswelten immer noch sehr voneinander getrennt sind. Die starke Fixierung auf die Herkunftskultur und sogenannte ethnische Kolonien erschweren die Aufnahme von sozialen Beziehungen über die eigene Gemeinschaft hinaus.

Italienische, türkische, griechische oder seit kurzem auch bulgarische und polnische Cafés sowie Szenekneipen und

Bistros, die von Studierenden, Kreativen aus der Musik- und anderen Szenen sowie IT-Fachleuten besucht werden, prägen zusammen mit kleinen Geschäften das Straßenbild.

Im Jungbusch stehen die beiden größten Moscheen Mannheims, darunter die zum DitiB-Verband zählende Yavus-Sultan-Selim-Moschee – eine der größten Moscheen Deutschlands – und die



der IGMG angehörende Fatih-Moschee, die im Jahr 2008 größere und repräsentative Räume im Stadtteil bezog.

Die direkte Nachbarschaft der Moschee zur katholischen Liebfrauenkirche – ein Bild, das bundesweit bekannt ist – unterstreicht die große Herausforderung für die Stadtteilarbeit. Diese besteht darin, den Austausch zwischen der Bewohnerschaft, Organisationen, Einrichtungen und Akteuren zu fördern und von einem friedlichen Nebeneinander zu einem vertieften Miteinander zu kommen.

Neben der Integrationsförderung als dem zentralen Ziel der Stadtteilarbeit ist die Frage der Partizipation der Migrantinnen und Migranten von entscheidender Bedeutung. Für die Stadtteilarbeit liegt die Herausforderung darin, Wege zu ebnen, damit es gelingen kann, dass Menschen mit Migrationshintergrund gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und deren Bereitschaft, Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen, wächst.

Das Gemeinschaftszentrum Jungbusch – Kristallisationspunkt im Stadtteil

Seit dem Jahr 1985 stellt sich das Gemeinschaftszentrum Jungbusch dieser Aufgabe. In gemischter Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände und zweier bewohnerschaftlicher Vereine stehend, die jeweils eigene Angebote und Einrichtungen unterhalten, hat sich das Bürgerhaus zu einem Stützpunkt im Stadtteil und zum Kristallisationspunkt für bewohnerschaftliches Leben entwickelt.

Kinder und Jugendliche, Frauen und Familien finden dort Beratungs- und Bildungsangebote, Möglichkeiten der Begegnung und persönliche Unterstützung. Im Gemeinschaftszentrum, das allen Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils offen steht, sind Orte der Zugehörigkeit entstanden, die den Migrantinnen

und Migranten Orientierung und Sicherheit geben. Die Verantwortlichen haben sich dabei für das Prinzip der „Nischen“ entschieden, weil sie von der Überzeugung geleitet sind, dass Integration nur schrittweise erfolgen kann. Das Gemeinschaftszentrum Jungbusch bietet deshalb sowohl Orte, an denen sich homogene Gruppen treffen können, als auch Angebote der Begegnung und Kommunikation zwischen den Generationen oder zwischen Gruppen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Zugehörigkeit. Entstanden sind auch bewohnerschaftliche Initiativen, die das Ziel verfolgen, das Wohnumfeld zu verbessern, beispielsweise eine Spielplatzinitiative von Müttern oder ein Aktionsbündnis für die Verkehrsentslastung.

Stadtteil im Wandel: Vom sozialen Brennpunkt zum Stadtteil mit Profil

Derzeit vollzieht sich im Mannheimer Jungbusch ein tiefgreifender Strukturwandel. Wirtschaftliche und städtebauliche Impulse verändern den Stadtteil in vielen Bereichen. Die Stadt fördert die Kreativwirtschaft und Existenzgrün-

dungen. Der zurückgehende Hafenbetrieb am Verbindungskanal ermöglicht neue Nutzungen und Ansiedlungen auf dem ehemaligen Hafengebiet, die dem Jungbusch das Profil eines jungen, dynamischen Stadtteils und des kreativen Zentrums Mannheims verleihen. Die Popakademie als Hochschule für die Popmusik und das Existenzgründerzentrum Musikpark sind die neuen Nachbarn im Quartier.

Das Gemeinschaftszentrum, dem die Stadt Mannheim im Jahre 2002 das Quartiermanagement übertrug, sieht es als Aufgabe an, alle bewohnerschaftlichen Gruppen an der Entwicklung des Stadtteils zu beteiligen. Es gilt, auch die sozialen Aspekte gleichwertig in den Aufwertungsprozess des Stadtteils hineinzutragen, Kreativität für alle und von allen zu fördern, beispielsweise durch eine interkulturell ausgerichtete Stadteilkulturarbeit, und zu einem Interessenausgleich der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu kommen.

Turnhalle plus X: Die integrative Kraft des Sports nutzen

Ein Produkt der gemeinsamen Planungsarbeit ist die Ende 2008 fertiggestellte *Turnhalle plus X*. Während Popakademie und Musikpark die Leuchttürme für die Entwicklung des Jungbuschs zum Standort für die Kreativwirtschaft darstellen, gibt die Turnhalle plus X den Entwicklungsimpuls, damit sich der Stadtteil sozial weiter stabilisiert und alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch die Familien, von der Aufwertung im Stadtteil direkt profitieren. Durch die Ansiedlung von Sportvereinen soll die soziale Integration weiter verbessert werden, und ein vielfältiges Kulturleben soll dazu beitragen, dass Neues und Altes besser zusammenwachsen. In die Turnhalle plus X – das „X“ steht dabei für zusätzliche bewohnerschaftlich nutzbare Räume – wird nicht nur das sportliche Leben einziehen. Vielmehr finden dort in enger Nachbarschaft zur Jungbuschgrundschule auch Familienfeste sowie Kultur- und Bildungsveranstaltungen eine ausgezeichnete Basis.

Die Bewährungsprobe steht noch aus, doch dass dieses Konzept funktionieren wird, zeigt sich bereits in den Vorgesprächen über die Belegungen der Turnhalle. Die hiesige Jugendinitiative entwickelte gemeinsam mit einem Sportverein (DJK) ein breit gefächertes Sportgruppenangebot. Ziel ist es, dass multiethnische Sportgruppen entstehen. Durch die Zusammenarbeit mit einem Mannheimer Sportverein öffnet sich der Stadtteil hin zur Gesamtstadt und befreit sich aus einer über Jahre hinweg bestehenden sozialen Isolation. Dies ist ein wichtiger Aspekt der Quartiersentwicklung, denn durch die städtebauliche Insellage und die daraus resultierende soziale Marginalisierung hatte die Bewohnerschaft wenig Verbindungen über den Stadtteil hinaus, was den Rückzug in die eigene soziale Gruppe verstärkte.

In Kooperation mit dem Sportverein werden zudem Übungsleiter aus dem Stadtteil geschult, damit das sportliche Leben von Anfang an Wurzeln in der Bewohnerschaft schlägt. Die Akteure streben an, im Stadtteil einen Sportverein mit eigener Identität ins Leben zu rufen, also eine Plattform, die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft und sozialer Zugehörigkeit Identifikationsmöglichkeiten bietet. In einem Stadtteil, der in einem tiefgreifenden Wandel steht, wird dadurch der so wichtige soziale Zusammenhalt gestärkt und möglichen neuen sozialen Konflikten von vornherein entgegengewirkt.

Eine ähnliche Entwicklung hat in der Arbeit mit Migrantinnen im Bewohnerverein Jungbusch stattgefunden. Aus dem im Jahre 2003 gegründeten Internationalen Frauentreff heraus entstand eine Gymnastikgruppe, die bisher vor allem von Frauen muslimischen Glaubens besucht wird. Darauf aufbauend soll auch hier die Zusammenarbeit mit dem Sportverein greifen und das Angebot erweitert werden. So wurde eine Mutter-Kind-Sportgruppe ins Leben gerufen. Die Initiative dazu geht von einer im Stadtteil lebenden türkischen Mutter aus, die zweisprachig aufgewachsen ist und die

über das Programm der Modellvorhaben in der „Sozialen Stadt“ als Multiplikatorin geschult und eingesetzt wird.

Der seit Jahren gepflegte Dialog mit der DitiB-Moschee trägt ebenfalls bemerkenswerte Früchte. Der Islamische Bund wird zwei Angebote in der neuen Turnhalle initiieren, darunter ein Taekwondo-Training für Jugendliche. Die Sportgruppen werden dabei von einem erfahrenen Trainer geleitet und stehen allen Jugendlichen des Stadtteils – Mädchen und Jungs – gleichermaßen offen.

Der Bau der Turnhalle plus X und die auf die Gemeinwesenarbeit bezogene Nutzungskonzeption, die das Quartiermanagement erarbeitete, lösen eine wegweisende Dynamik aus, in der sich unterschiedliche Gruppen und Organisationen aufeinander zu bewegen und Kontakte zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern unterschiedlicher ethnischer Herkunft forciert werden können.

Modellvorhaben in der „Sozialen Stadt“: Städtebau, Wirtschaftsförderung und Soziales gehen Hand in Hand

Mit insgesamt neun Modellvorhaben der Sozialen Stadt, die im zweiten Halbjahr 2007 gestartet wurden und durch das Quartiermanagement Jungbusch auf Basis eines Integrierten Handlungskonzepts miteinander verbunden sind, wird die soziale Dimension kraftvoll in den Quartiersentwicklungsprozess eingebracht.

Im vorgenannten Projekt *Integration durch Sport*, welches das Gemeinschaftszentrum Jungbusch durchführt, ist ein Sozialpädagoge tätig, der die Kontakte zum Sportverein pflegt und die Sportangebote aufbaut.

Im Modellprojekt *Internationaler Frauentreff* des Bewohnervereins Jungbusch werden Frauenfrühstücke, Frauenfeste und Kulturprojekte, z.B. ein interkulturelles Märchenprojekt in Kooperation mit der Jungbuschschule, durchgeführt.

Zudem hat das Gemeinschaftszentrum das Projekt *Zusammenleben lernen* initiiert, um nachbarschaftliche Beziehungen über ethnische und kulturelle Zugehörigkeiten hinweg zu fördern. Ein erster Erfolg besteht darin, dass eine im Stadtteil lebende Bewohnerin türkischer Herkunft gefunden werden konnte, die seit einigen Monaten als „Brückenbauerin“ fungiert, wodurch zahlreiche neue Kontakte ins Migrantenmilieu geknüpft werden konnten. Sie ermutigt einerseits ihre Landsleute, Angebote im Stadtteil aufzusuchen, und trägt andererseits Interessen der Migrantenfamilien in die Stadtteilkonferenzen, in Planungsrunden, Initiativen oder Arbeitskreise. Entstanden ist ein kombinierter Sprachtrainings- und Handarbeitenkurs, der den Wunsch von Migrantinnen aufgriff, an Selbständigkeit und Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Als erster Erfolg ist zu werten, dass die Frauen bei einem Stadtteilrundgang ihre Interessen zur Umgestaltung der Spielplätze im Jungbusch selbstbewusst vorbrachten.

Ein Projekt der Stadtteilkulturarbeit, der Jungenpädagogik (Kompetenzwerkstatt), zur Umwelterziehung und Spielplatzbetreuung, der Medienpädagogik für Mädchen (Stadtjugendring/Internationaler Mädchentreff), eine Internationale Malschule (AWO) und ein Projekt zur Ausbildung von Migranten zu Kulturdolmetschern (Caritasverband) vervollständigen die Projektliste.

Diversity Management – Es braucht Prinzipien

So unterschiedlich die Projekte und deren Träger auch sein mögen, in der vernetzten Stadtteilarbeit haben sich einige Grundprinzipien herausgebildet, welche die Akteure in der Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund für sehr wichtig halten und die die Herangehensweise in den Sozialen-Stadt-Projekten kennzeichnen.

1. Wir orientieren uns nicht an den Defiziten, sondern an den *Ressourcen*. Wir fragen also zuallererst nach den Stärken der hier lebenden Menschen. Das verhindert negative Zuschreibungen, vermittelt Anerkennung und löst eine positive Dynamik aus. Das Prinzip der Ressourcenorientierung verstehen wir sowohl individuell auf die Person bezogen, als auch sozialräumlich. Wie fragen also auch, welche Ressourcen im Gemeinwesen vorhanden sind: Wo gibt es beispielsweise funktionierende Nachbarschaften, informelle soziale Netze, die wir stärken oder aktivieren können?
2. Wir sehen in der *Vielfalt* und *Multikulturalität* einen Reichtum des Stadtteils; wir sehen zuallererst die Chancen und dann erst die Probleme. Wir achten die andere Kultur und zeigen Respekt vor der Andersartigkeit. Die Menschen sind verschieden, und die Verschiedenartigkeit wird zugelassen. Das Miteinander drückt sich auch in der Verschiedenheit aus. Vor diesem Hintergrund lassen wir die Herkunftskultur bzw. die Traditionen der Migrantinnen und Migranten nicht nur zu, sondern beziehen diese in das Stadtteilleben mit ein. Die Erfahrung ist, dass wir damit die Offenheit für Neues und Anderes nicht etwa erschweren, sondern ganz im Gegenteil die Offenheit fördern.
3. Wir setzen an der *Alltagskultur* der Menschen im Stadtteil an. Bezugspunkte zur Lebenswelt von Migrantinnen und Migranten zu finden, ist nämlich entscheidend für einen tragfähigen Zugang zum Milieu und für ein sich anschließendes gemeinsames Handeln.

Der Stadtteil Jungbusch, den wir als Mikrokosmos verstehen, bietet eine

Vielfalt an Lern- und Erfahrungsfeldern. Gelingt es im sozialen Nahraum, dass Menschen mit Migrationshintergrund gesellschaftliche Anerkennung finden oder die Erfahrung des Dazugehörens machen, entstehen daraus Teilhabe und ein Engagement, das in die ganze Gesellschaft hineinwirkt.

Viele in der bürgerlichen Mittelschicht übliche Kommunikationsformen und Arten der Interessenartikulation, z.B. klassische Bewohnerversammlungen oder Flyer, funktionieren in einem multikulturellen Stadtteil weniger gut. Neue Wege müssen beschritten werden. Die Projekte der Sozialen Stadt bieten Möglichkeiten, solche Wege zu finden und zu erproben und Know-how zu entwickeln.

Dabei ist festzustellen, dass sich Prinzipien und Regeln aus einem Bauprogramm nicht 1:1 auf ein soziales Programm übertragen lassen. Will ich beispielsweise personelle und soziale Ressourcen in einem Quartier stärken sowie lokale Netzwerke und Nachbarschaften entwickeln, bin ich gut beraten, Aufträge nach den genannten Zielsetzungen zu vergeben und nicht nach den Regeln des Marktes. Vor allem aber brauchen Modellprojekte Flexibilität, damit Ansätze und Methoden ausprobiert werden können.

Kontakt:

Michael Scheuermann

Quartiermanager für den Stadtteil Mannheim-Jungbusch, Trägerverein Gemeinschaftszentrum Jungbusch e.V., Jungbuschstraße 19, D- 68159 Mannheim

E-Mail:

mscheuermann@jungbuschzentrum.de
www.jungbuschzentrum.de

Wohnungsunternehmen als aktive Partner in der Quartiers- und Stadtteilentwicklung

Der Gesellschaftszweck unseres kommunalen Wohnungsunternehmens SAGA GWG, für eine sichere und sozialverantwortliche Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zu sorgen, ist seit Jahrzehnten nahezu unverändert und steht weiterhin im Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Daneben hat sich das Aufgabenspektrum in den letzten Jahren aber erheblich erweitert. Wohnungsunternehmen gestalten Lebensräume, ihre aktive Quartiersentwicklung mit der Lösung einer Vielzahl baulicher, ökonomischer, sozialer und kultureller Konflikte soll die Wohn- und Lebensqualität in der Stadt kontinuierlich verbessern.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat gerade sein Leitbild fortgeschrieben in „Hamburg. Wachsen mit Weitsicht“ und möchte unter anderem „...Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt gestalten“. SAGA GWG ist das landeseigene/kommunale Wohnungsunternehmen und insoweit ein Instrument des Senats für seine aktive Wohnungspolitik.

Die Bevölkerung in Deutschland wird sich in den nächsten Jahren weiter verändern, sie wird weniger, älter und bunter. Innerdeutsche Wanderungsbewegungen führen allerdings zu ganz unterschiedlicher Betroffenheit in den Regionen. Für Hamburg ist festzustellen, dass die Bevölkerung in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, geprägt insbesondere durch junge Menschen, und Prognosen gehen von einem weiteren Wachstum in den nächsten Jahren aus. Daneben verändern sich die Lebensformen und Haushaltstypen, Letztere tendenziell zu kleineren Haushalten. Schließlich differenzieren sich die Einkommen immer weiter aus – parallel zu einer zunehmenden Spreizung der Sozialstrukturen. Diese gesell-

schaftlichen Entwicklungen entfalten ihre Wirkungen auch in der Wohnungswirtschaft, und es gilt, ihnen entgegenzuwirken oder sie zu mildern.

Während junge gut verdienende Menschen in bevorzugte Stadtteile möglichst zentrumsnah ziehen, versucht SAGA GWG, die Anzahl von Sozialhilfeempfängern, Arbeitslosen und Zuwanderern in bestimmten Quartieren nicht anwachsen zu lassen. Letztere wohnen schwerpunktmäßig in Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus und in nicht modernisierten Arbeiterquartieren oder Altbaugebieten mit Defiziten in der Wohnqualität, in der Vergangenheit teilweise verschärft durch räumlich konzentrierte Belegungsbindungen.

Die Wünsche und Anforderungen der Kundinnen und Kunden müssen weitgehend im Wohnungsbestand realisiert werden. Langfristige ganzheitliche ökologische Investitionsplanungen reduzieren die Produktdefizite, machen die Wohnquartiere attraktiver und sichern SAGA GWG eine langfristige Vermietbarkeit ihrer Wohnungen.

Bauliche Maßnahmen allein liefern in der Regel aber nur Teillösungen. Um soziale Integration, Nachbarschaft und schließlich Identifikation mit dem Wohnquartier zu erreichen, bedarf es der Partnerschaft aller an Stadtentwicklung beteiligter Akteure. Für SAGA GWG haben die Bewohnerinnen und Bewohner in den Quartieren in diesen Prozessen eine besondere Bedeutung. Sie verfügen nicht nur über gute Kenntnisse ihres unmittelbaren Wohnumfeldes, sondern entwickeln in dem Prozess Handlungsfähigkeiten und Selbstvertrauen sowie Verantwortungsbewusstsein. Erfolg-

reiche Beteiligungen basieren auf Kontinuität und Verlässlichkeit, dabei ist es durchaus sinnvoll, gemeinsam Visionen zu erarbeiten, aber auch notwendig,



Überdachter Innenhof einer modernisierten betreuten Altenwohnanlage

ehrlich die Grenzen des Prozesses aufzuzeigen.

Diese Beteiligungen müssen geübt und die Bewohnerinnen und Bewohner immer wieder aktiviert werden. Und solche Beteiligungen müssen verstetigt werden, auch nach dem Auslaufen von Projekten und Programmen. SAGA GWG unterstützt und fördert solche Strukturen durch eine Vielzahl kultureller und sportlicher Aktivitäten und Veranstaltungen, durch die Bereitstellung von Räumen in ihren Wohnquartieren sowie durch Sponsoring und Spenden.



Wohngebäude nach Grundrissveränderung und energetischer Modernisierung

Darüber hinaus bedarf es einiger Anstrengungen, die Zusammenarbeit der notwendigen Akteure auf lokaler, politischer und administrativer Ebene zu

koordinieren. Eventuell gelingt es, durch einen „HID“ – „Housing Improvement District“ – weitere örtliche Akteure zu aktivieren. SAGA GWG ist zurzeit in ein solches Pilotprojekt in Steilshoop involviert. Hervorragende Erfolge hat SAGA GWG in der Zusammenarbeit gemeinsam mit anderen Vermietern in verschiedenen Wohnquartieren erzielt.

Wohnungsunternehmen sind wichtige Partner in der Stadtteilentwicklung, weil sie durch ihre lokale Präsenz und ihren täglichen Kontakt mit der Bewohnerschaft vor Ort über fundierte Kenntnisse und vielfältige Kontakte im Stadtteil verfügen und mit ihren baulichen Maß-

nahmen sichtbare Impulse setzen können. In günstigen Fällen lösen sie weitere Investitionen Dritter aus.

Wesentliche Voraussetzungen für eine lebenswerte Stadt sind geschaffen, wenn es gelingt, in möglichst allen Wohnquartieren unter anderem durch langfristige Modernisierungsplanungen, Beteiligung und Aktivierung von Akteuren vor Ort eine hohe Identifikation mit dem eigenen Stadtteil zu erzeugen. Im Ergebnis sollen die Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur dort wohnen bleiben, sondern darüber hinaus ihre Bekannten und Verwandten dazu animieren, wegen der Wohn- und Lebensqualität dorthin zu ziehen. Unsere jährli-

chen Wohnzufriedenheitsanalysen machen uns zuversichtlich, dass SAGA GWG für ihre Kundinnen und Kunden sowie ihren Gesellschafter auf einem entsprechenden Weg ist.

Kontakt:

Willi Hoppenstedt,
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der
SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Ham-
burg, Stellvertretender Sprecher der Ge-
schäftsführung der GWG Gesellschaft für
Wohnen und Bauen mbH
E-Mail: WHoppenstedt@saga-gwg.de

Fotos: SAGA GWG

Wie kann das Engagement lokaler Akteure mobilisiert und unterstützt werden?

Das weitgehende Fehlen von Strukturen bürgerschaftlichen Engagements ist eines der typischen Erkennungszeichen von benachteiligten Stadtquartieren: nur wenige Vereine (zudem meist noch aus dem traditionellen Spektrum), höchst selten eine Bürgerinitiative, nur vereinzelte Ehrenamtliche in den örtlichen Einrichtungen und Organisationen sowie in der Regel schlecht besuchte Elternabende in den Schulen. Ebenso typisch für diese Stadtteile ist eine vergleichsweise (wenn auch oft nicht ausreichend) hohe Zahl von sozialen und kulturellen Folgeeinrichtungen und natürlich Betreuungs- und Beratungsangeboten zu verschiedenen Themengebieten. Die Kommunikation im Gemeinwesen erfolgt überwiegend unter der Inszenierung durch professionelle sozialpädagogische Kräfte.

Ähnlich wichtig und hilfreich wie für einen Intensivpatienten die Unterstützung durch medizinische Geräte ist in benachteiligten Quartieren natürlich auch die Organisation von Kommunikation und Begegnung gerade zwischen

den unterschiedlichen Personengruppen durch externe Profis. Und ebenso wie beim Gesundungsprozess eines Schwerkranken kann man eine positive Entwicklung eines Quartiers daran erkennen, dass ursprünglich künstlich aufrechterhaltene Funktionen langsam aber sicher wieder selbständig wahrgenommen werden können: Die besondere Zuwendung zu einem Stadtteil mit besonderem Handlungsbedarf kann dann verantwortlich reduziert werden, wenn sich nennenswerte Teile der Bevölkerung bei Missständen zumindest einigermaßen selbständig Gehör verschaffen oder in laufende Diskussionen um die Gestaltung ihres Wohnumfeldes einschalten, wenn sie selbst Mitverantwortung übernehmen, Zeit und Ideen in die Gestaltung der Freizeit- und Lebensbedingungen im Stadtteil einbringen.

Selbständige Bewohneraktivitäten im Stadtteil sind Beleg für die gewachsene Verbundenheit, für die Identifikation mit dem Quartier und führen zudem zu einer Belebung und Ausweitung der Inf-

rastrukturangebote und damit zu einer größeren Attraktivität des jeweiligen Lebensraumes.

Bildung und Unterstützung „selbsttragender bürgerschaftlicher Strukturen“ ist daher eine der zentralen Forderungen in der sozialen Stadtentwicklung: Bürgerinnen und Bürger sollen daran mitwirken, dass sich ihr Stadtteil zu einem lebendigen Gemeinwesen mit sozialen Netzen und Kommunikationsstrukturen entwickelt! Grundbedingung einer nachhaltigen Aktivierung wird dabei jedoch bleiben, dass gravierende Mängel im Quartier oder in der Infrastruktur zuvor behoben, persönliche Barrieren wie z.B. Bildungsdefizite und Existenzängste in der Bevölkerung reduziert werden konnten.

Beteiligungsmöglichkeiten schaffen/lassen

Wie kann man Bürgerinnen und Bürger zu einem Engagement im Quartier motivieren? In einigermaßen großen Ge-

meinwesen hat sich die Einrichtung von „Freiwilligenzentren“ bewährt, in denen sich Engagementwillige melden und ihre Dienste und Interessen anbieten oder aber Träger konkrete Felder benennen, für die Ehrenamtliche gesucht werden. In belasteten Stadtteilen wird dies leider nicht so einfach funktionieren, da sowohl die Zahl der angesprochenen Personen als auch deren Bereitschaft, auf diesem relativ anonymen Weg aktiv zu werden, gering sind. Hier werden längerer persönlicher Kontakt und persönliche Ansprache deutlich bessere Erfolge zeigen.

Ein grundsätzliches Merkmal von bürgerschaftlichem Engagement ist dessen Freiwilligkeit: Bürgerinnen und Bürger tun in ihrer Freizeit nur das, was sie selbst wichtig, interessant oder unterhaltsam finden. Deshalb sollten insbesondere Bewohnerinnen und Bewohner aus schwerer motivierbaren Milieus nicht „verplant“ werden (womöglich noch für stumpfsinnige Hilfstätigkeiten), sondern es empfiehlt sich, die Engagementmöglichkeiten individuell entsprechend den persönlichen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten anzupassen – und dabei auch Gestaltungsspielräume zu lassen!

Die Erfahrung zeigt zudem, dass Bürgerinnen und Bürger umso weniger Verantwortung übernehmen, je perfekter die bereits bestehenden Angebote, je professioneller die Strukturen, je organisierter die Verfahren sind. Bei einer Tagung des letzten Jahres spitzte ein Teilnehmer dies auf die provokante Frage zu: „Müssten wir nicht vielleicht Stadtteil-Einrichtungen wie einen begradigten Fluss 'zurückbauen', um Engagement zu fördern und zu ermöglichen?“ Bei aller Übertreibung bringt diese Frage die verhängnisvolle Grenze zwischen „Betreuung“ und „Empowerment“ deutlicher ins Bewusstsein.

Dauerhafte Stützstrukturen

Gerade in benachteiligten Quartieren sind selbsttragende Bürgerorganisationen aufgrund der hohen Fluktuation

und des niedrigen Bildungsniveaus vieler Bewohnerinnen und Bewohner nur schwer zu realisieren und zu stabilisieren. Erforderlich sind zumindest in diesen Stadtteilen dauerhafte öffentlich geförderte „Stützstrukturen“ für bürgerschaftliches Engagement (Personal, Orte, Finanzen, Qualifizierung), wenn beständiges bürgerschaftliches Engagement gewünscht wird. Hauptaufgabe dieser „Stützstrukturen“ (Gemeinwesenarbeit?) wäre neben der Stabilisierung und Stärkung bestehender Bürgerinitiativen auch, durch einrichtungs- und trägerübergreifende Netzwerke stadtteilweite Kooperationen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements zu schaffen, neue Engagementfelder gezielt aufzuspüren und zu entwickeln sowie die entstehenden „Engagementinseln“ zu vernetzen (z.B. Weitervermittlung von aktiven Bürgerinnen und Bürgern von einer Aktivität zur nächsten).

Quartierfonds oder „StadtteilAktivKassen“ helfen bei der Finanzierung bürgerschaftlicher Aktivitäten, „Führungseminare“ für Bürgergruppenleitungen unterstützen bürgerschaftliche Organisationen, und kontinuierlich ansprechbare Profis in den Einrichtungen fördern und begleiten das Engagement und die Entwicklungen langfristig. Aber auch die Kommune muss flexibel und für Bürgervorschläge „anschlussfähig“ werden: Lokale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner („Eingangsportale“, Lotsen/Kümmerer) erleichtern den Bürgerinnen und Bürgern und den Initiativen den Zugang zur „unübersichtlichen“ Verwaltung. Entsprechende flächendeckende Modelle für eine Raumorientierung der Verwaltung wurden in den letzten Jahren bereits in Berlin-Lichtenberg („Stadtteilmanagement“) und Hannover („Stadtbezirksmanagement“) realisiert, auch in Gelsenkirchen sind entsprechende Diskussionen im Gange.

Bürgerbeteiligung in Programmbereichen der „Sozialen Stadt“

Die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an Stadtteilentwicklungs- und Planungsprozessen schließlich ist die

„Königsklasse“ des bürgerschaftlichen Engagements. Es wäre nicht zutreffend zu behaupten, dass sich nur diejenigen an solchen Prozessen beteiligen, die vorher bereits im Stadtteil ehrenamtlich aktiv waren. Aber: Wer für den eigenen Lebensraum seine Zeit und sein Engagement aufbringt, ist ganz sicher eher bereit, für dieses Quartier auch zu streiten – und hat bereits gelernt, auch in der Öffentlichkeit eine (wenn auch bescheidene) Rolle zu spielen. Insofern stellen Stadtentwicklungsprogramme wie „Soziale Stadt“ mit ihren finanziellen Möglichkeiten und den konzeptionell verankerten Beteiligungsanteilen eine hervorragende Möglichkeit dar, bereits „teingagierte“ Bewohnerinnen und Bewohner für eine Beteiligung an Stadtentwicklungsprozessen zu motivieren. Umgekehrt wäre es sicher hilfreich, das Förderprogramm vorzugsweise in solchen Stadtteilen einzusetzen, die zwar dringend der Intervention bedürfen, in denen aber Bürgerinnen und Bürger wohnen, die bereits „vor-aktiviert“ sind, um sich aktiv in Veränderungsdiskussionen einzubringen – die Realität ist in der Regel leider eine andere...

Die Programmverantwortlichen von Stadtentwicklungsprogrammen wie „Soziale Stadt“ sollten daher – ähnlich wie im Fall der „Vorbereitenden Untersuchung“ – schon als Antragsvoraussetzung festschreiben, dass im Vorfeld drei bis fünf Jahre vor dem „eigentlichen“ Förderzeitraum zunächst in einer Gemeinschaftsinitiative gezielt der Boden vorzubereiten ist für bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftlich gestaltetes Stadtteilleben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ein zu Beginn des Förderzeitraumes hastig eingerichtetes Stadtteilbüro alleine mit dieser Aufgabe oft hoffnungslos überfordert ist!

Kontakt:

Wolfgang Prauser
www.stadtteilarbeit.de
30453 Hannover
E-Mail: wolfgang@prauser.net

Was Bewohner-Engagement zur Verstetigung der Sozialen Stadt beiträgt

Das Beispiel Nord-Düren

Auftrag für Nord-Düren

Die Stadt Düren beauftragte das Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung der Evangelischen Gemeinde zu Düren (GWA-Büro) Mitte 2005 damit, in Nord-Düren Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse zu organisieren, und zwar eineinhalb Jahre vor dem Aufnahmeantrag in das Bundes-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in NRW. In dieser Einstiegsphase gehörten zu den Aufgaben des GWA-Büros

- die stadtteilbezogene Aktivierung: Aufstellung eines abgestimmten Stadtteilprogramms, Aufbau von neuen Kooperationsstrukturen und einer Stadtteilvertretung,
- die wohnquartiersbezogene Aktivierung: Aufstellung von Bewohnerprogrammen, Aufbau von Bewohnerorganisationen in ausgewählten Quartieren sowie
- die Beratung und Unterstützung von Pilotprojekten, die von Akteuren im Stadtteil durchgeführt werden, wie z.B. die Neu- und Umgestaltung von Frei- und Spielflächen.

Mit Verstetigung beginnen!

Aufgrund von Erkenntnissen aus Düren Süd-Ost, einem anderen Soziale-Stadt-Gebiet, waren sich die Vertragspartner darin einig, dass

- a) zivilgesellschaftliche Organisationsstrukturen, die auf Verselbständigung und Dauer ausgerichtet sind, eine wichtige Säule von Verstetigung sind, mit deren Aufbau *frühzeitig* begonnen werden muss;
- b) diese Aufgabe arbeitsintensiv ist, im Rahmen von Quartiersmanagement nicht „nebenher“ erledigt werden kann und ausreichender personeller Ressourcen bedarf. Im Kooperationsvertrag wurden deshalb für die Einstiegsphase von eineinhalb Jahren zwei Vollzeitstellen vereinbart;
- c) die Veränderungsprozesse nicht stellvertretend für, sondern mit den Stadtteilakteuren umgesetzt werden sollen. Damit dies gelingt, ist eine klare Aufgaben- und Rollenteilung zwischen Stadt und Stadtteil sowie dem GWA-Büro vereinbart worden, das auf Stadtteilebene für die Prozessorganisation zuständig ist, nach der Einstiegsphase mit einer zu-

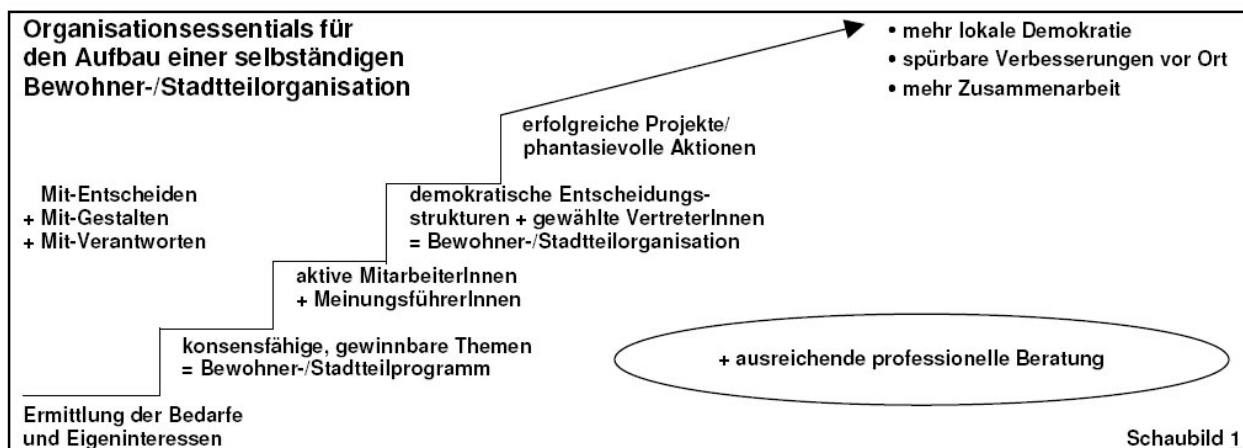
sätzlichen Personalstelle auch für das Projektmanagement.

Die Essentials des Organisationsprozesses, an denen sich das GWA-Büro bei der Auftragsausführung orientiert, sind aus Schaubild 1 ersichtlich. Damit nachhaltige Wirkungen erzielt werden können, ist *von Anfang an* eine Beteiligung im Sinne von Teilhabe erforderlich, die ihren Namen verdient.

Analog dem Partizipationsmodell sind dies die Stufen „Mitbestimmung“, „Teilweise Entscheidungskompetenz“ und „Entscheidungsmacht“ bis hin zur „Selbstorganisation“ (Quelle: www.partizipative.qualitaetsentwicklung.de). Anhörung, Runde Tische oder Ähnliches sind viel zu schwache Instrumente, um Bewohnerinnen und Bewohner mittel- und langfristig für gemeinwesenorientierte Aufgaben zu interessieren.

Gemeinsame Plattform = Stadtteilprogramm

Von August 2005 bis April 2006 wurden mit drei Akteursgruppen, und zwar



1. den im Stadtteil ansässigen Organisationen (deutsche Vereine, Migrantenvereine, Institutionen, soziale Einrichtungen, Kindergärten und Schulen),
2. den Wohnquartieren unter Einbeziehung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und
3. den Gewerbetreibenden, Selbständigen und Unternehmen,

in einem breit angelegten Aktivierungsverfahren die wichtigsten Probleme/Themen/„Ärgerpunkte“, die Handlungsbedarfe und die Vorteile/Ressourcen des Stadtteils ermittelt. Weitere Informationen zur Methodik und zum Arbeitsansatz des GWA-Büros sind zu finden in „Wie werden Bewohnerschaften zu handlungsfähigen Akteuren?“ unter www.eundc.de.

Auf der Grundlage dieser Befragungsergebnisse wurden auf drei Akteursversammlungen die konsensfähigen Themen abgestimmt und danach auf einer großen Stadtteilversammlung das Stadtteilprogramm für Nord-Düren verabschiedet. Das Programm besteht aus 17 Handlungsfeldern im investiven wie im nicht-investiven Bereich, die als gemeinsame Plattform für den weiteren Stadtteilentwicklungsprozess dienen sollen. Dazu gehören z.B. die Sanierung der Bausubstanz, die Imageverbesserung des Stadtteils, keine weitere Zunahme von Vereinslokalen/„Teestuben“, die Schaffung von Angeboten für Kinder und Jugendliche, die Verbesserung der Verkehrssituation und die Etablierung gemeinschaftlicher Aktivitäten, damit aus dem Nebeneinander mehr Miteinander wird.

Bürger rücken näher zusammen Dürener Zeitung vom 23.06.2006

„Die Bürger nehmen die Geschicke ihres Stadtteils selber in die Hand, entwerfen ihre eigenen Projekte und rücken näher zusammen“, lobte Bürgermeister Paul Larue am Mittwoch die über 80 Vertreter des Stadtteils, die ihm das neu aufgestellte Stadtteilprogramm für Nord-Düren überreichten.“

Der Stadtteil

Nord-Düren ist ein innenstadtnahes Wohngebiet mit 6 000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie einer heterogenen baulichen und sozialen Infrastruktur. Im Kerngebiet mit vielen schönen Häusern aus der Jahrhundertwende, aber einem hohen Nachholbedarf an Modernisierung und Instandsetzung konzentriert sich die lokale Ökonomie und liegt der Anteil der Bewohnerschaft mit Migrationshintergrund bei über 50 Prozent. Im nördlichen Bereich des Stadtteils befinden sich viele Einfamilien- und Reihenhäuser, aber auch privater und öffentlich geförderter Geschoss- und Mietwohnungsbau. Der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Lohnersatzleistungen liegt mit über 20 Prozent doppelt so hoch wie in der Gesamtstadt.

Auf der Grundlage des Stadtteilprogramms erstellte die Stadtverwaltung das Integrierte Handlungskonzept für Nord-Düren, bevor der Stadtrat die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ in NRW beantragte. Parallel dazu begannen auf Stadtteilebene die ersten Planungstreffen, um konkrete Maßnahmen und Projekte zu entwickeln.

Angemessene Organisationsform = Stadtteilvertretung

In über zweihundert Aktivierungsgesprächen, die sorgfältig protokolliert und den Beteiligten zur Korrektur/Ergänzung vorgelegt wurden, wurde auch die Frage erörtert: Wie soll das weitere Beteiligungsverfahren gestaltet werden? Was ist die angemessene Organisationsform? Von den Gesprächspartnern wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Nord-Düren angesichts der Geschichte und Funktion im gesamtstädtischen Raum eine eigenständige Lobby braucht, um den aktuellen Negativentwicklungen in den nächsten Jahren entgegenwirken zu können.

Als Charakteristika dieser Vertretung wurden genannt bzw. stellten sich als konsensfähig heraus: Das Gremium muss unabhängig und demokratisch, parteipolitisch ungebunden sowie nationalen- und religionsübergreifend sein. In einer Vorbereitungsgruppe, in der alle Akteursgruppen vertreten waren, wurden das Organigramm (siehe Schaubild 2) und der folgende Delegiertenschlüssel für die Stadtteilvertretung abgestimmt. Danach entsenden die deutschen Vereine vier Vertreterinnen und Vertreter, die Migrantenvereine vier, die sozialen Einrichtungen zwei, die Institutionen zwei, die Kindergärten zwei, die

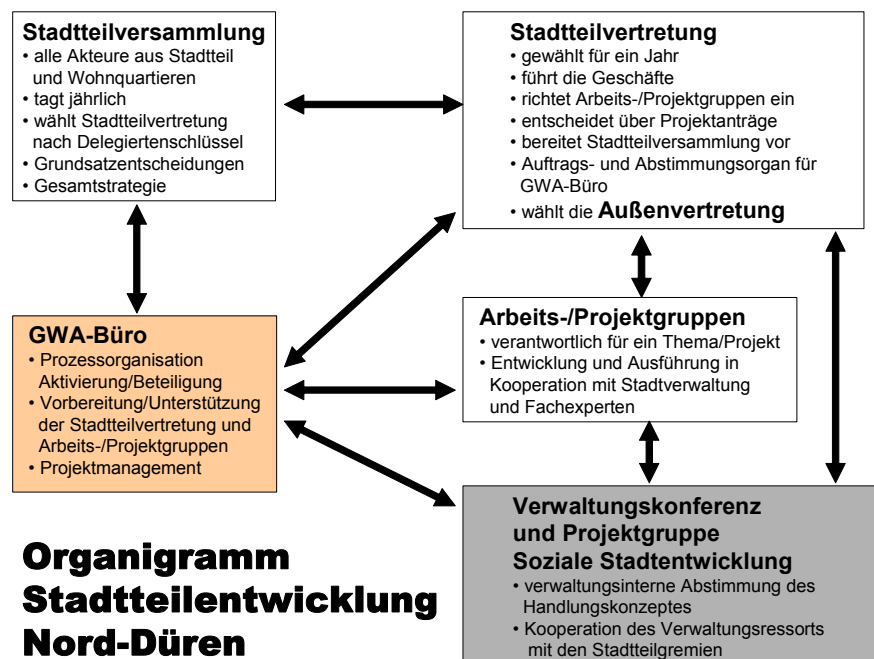


Schaubild 2

Schulen zwei, die Wohnquartiere zwölf und die Gewerbetreibenden vier.

Auf einer Stadtteilversammlung Ende November 2006 wurde die Stadtteilvertretung für Nord-Düren ins Leben gerufen, die jeweils für ein Jahr gewählt wird. Von den 32 Mitgliedern haben 14 einen Migrationshintergrund. Heute ist sie auf Stadtteilebene die wichtigste Instanz für den Erneuerungsprozess, entscheidet nach dem Konsensprinzip über Projektanträge, richtet Arbeits-/Projektgruppen ein und vertritt gemeinschaftlich alle bedeutsamen Stadtteilthemen nach außen hin. Weiterhin ist das Gremium ein wichtiges Auftrags- und Abstimmungsorgan für das GWA-Büro.

*Erfolgreiches Engagement
Nordpark wird schön wie nie
Dürener Nachrichten v. 13.12.2008*

„Gestern wurde der erste Spatenstich für die Neugestaltung des Nordparks gesetzt, wozu eine große Spielanlage und neue Wegeverbindungen gehören. Es ist eines der großen Projekte der Sozialen Stadtentwicklung im Dürener Norden, betonten Sultan Demir und Petra Freter, die Sprecherinnen der Projektgruppe Spielplätze. Für den ersten Bauabschnitt stehen 159 000 Euro zur Verfügung, weitere 100 000 Euro folgen.“

Auch die Stadtverwaltung traf konkrete Vorkehrungen. Im Dezember 2006 wurden eine Verwaltungskonferenz für Soziale Stadtentwicklung und eine Projektgruppe installiert, um die verwaltungsinterne Umsetzung des Handlungskonzepts zu koordinieren und die Kooperation zwischen den Gremien des Stadtteils und den Ressorts der Verwaltung abzustimmen.

Zwischenzeitlich haben analog zu den 17 Handlungsfeldern über zehn Arbeits-/Projektgruppen, in denen jeweils 15 bis 20 Personen mitwirken, ihre Arbeit aufgenommen und bereits erste Maßnahmen umgesetzt, z.B. die Neugestaltung des Nordparks, ein großes

Nordstadtfest mit Leistungsschau oder das Förderprogramm zur Fassadenerneuerung und Haus-/Hofbegrünung.

Das GWA-Büro

Das Büro für Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung der Evangelischen Gemeinde zu Düren (GWA-Büro) besteht seit über 20 Jahren und hat in dieser Zeit ein spezielles Know-how entwickelt, in benachteiligten Wohnquartieren eigenständige und dauerhaft agierende Bewohnerorganisationen aufzubauen, um die Wohn- und Lebensverhältnisse in diesen Gebieten spürbar zu verbessern. Durch die Beratung des GWA-Büros sind in Düren zehn Bewohnerorganisationen entstanden, die über Jahre hinweg durch vielseitige Aktivitäten und phantasievolle Aktionen wesentliche Beiträge zum Gemeinwesen aufbau und zur lokalen Demokratieentwicklung geleistet haben. Mit der Übernahme des Auftrags für Nord-Düren wurde dieser Arbeitsansatz erweitert und ausgerichtet auf die Neuorganisation eines ganzen Stadtteils (weitere Informationen unter www.gwa-dueren.de).

**Soziale Stadtentwicklung und
Gemeinwesenarbeit sind
Daueraufgaben!**

Die Bewohnerschaften und der Stadtteil werden Zug um Zug zu „handlungsfähigen Akteuren“ und gewinnen als „die“ Vertretung von Nord-Düren neues Selbstbewusstsein. Im Stadtteil ist auf der Grundlage gemeinsamer – und nicht trennender – Interessen ein hohes Maß an Beteiligung und Identifikation mit dem Erneuerungsprozess entstanden. Mit viel Engagement und hoher Verbindlichkeit leisten die Akteursgruppen wertvolle Beiträge für die Entwicklung der Projekte im investiven wie im nicht-investiven Bereich.

*Nord-Düren nimmt Fahrt auf
Dürener Zeitung vom 23.11.2008*

Die Verstetigung der Sozialen Stadt benötigt neben gelungenen Projekten auch wirkungsvolle Beteiligungsverfahren, in denen das Mit-Entscheiden, Mit-Gestalten und Mit-Verantworten (in dieser Reihenfolge und nicht umgekehrt) wesentliche Elemente sind.

Der Grad der Verstetigung auch über den Förderzeitraum hinaus wird in Nord-Düren davon abhängen, inwieweit es gelingt, die entstandenen Organisationsstrukturen weiter zu verselbständigen, Teilaufgaben des GWA-Büros an die gewählten Vertreterinnen und Vertreter zu übergeben und die neuen Kooperationsstrukturen zu festigen bzw. zu erweitern.

Voraussichtlich wird über den Förderzeitraum hinaus weiterhin professionelle Beratung in reduziertem Umfang notwendig sein, damit die Stadtteilvertretung ihre Lobbyfunktion für einen lebenswerten Stadtteil effektiv weiterführen kann. Zu diesem Schluss ist auch die Stadt Düren aufgrund von Erfahrungen mit dem Soziale-Stadt-Gebiet Düren Süd-Ost gekommen, die in ihrer Pressenotiz vom 16.03.2009 ausführt: „Die besondere Leistung und der Erfolg der Sozialen-Stadt-Programmatik besteht nicht in der abschließenden Lösung sozialpolitischer Problemlagen, sondern in der Organisation einer kontinuierlichen Aufmerksamkeit auf Gemeinwesen mit besonderem sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Entwicklungsbedarf. Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit sind deshalb in diesen Gebieten Daueraufgaben!“

Kontakt:

Hermann J. Schaaf
Dipl.-Sozialarbeiter, Dipl.-Finanzwirt,
Leiter des GWA-Büros Düren
E-Mail: hermann.schaaf@evangelische-gemeinde-dueren.de

Schaubilder: GWA-Büro Düren.



„Soziale Stadt – meine Sicht“

Das Engagement von Bewohnerinnen und Bewohnern zwischen Gemeinwesenproduktion und Überforderung

Ohne bürgerschaftliches Engagement gibt es keine *Soziale Stadt*. Dieses Wurzelgeflecht der Solidarität stärkt im Zwischenraum von Wirtschaft, Staat und Familie den sozialen Zusammenhalt durch den freiwilligen Einsatz von Menschen, die mehr tun als ihre Pflicht und sich um mehr kümmern als um private und wirtschaftliche Interessen. Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter: Es umfasst die Mitarbeit in Sportvereinen und bei der Freiwilligen Feuerwehr ebenso wie in Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen und Stiftungen oder von Schöffen bei Gericht. In allen Fällen handelt es sich – so die Enquete-kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ in ihrem Bericht „Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“ (Bundestagsdrucksache 14/8900) – um freiwillig, gemeinwohlorientiert und unentgeltlich erbrachte Beiträge, die öffentlich stattfinden und in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt werden. Bürgerschaftliches Engagement in diesem klassischen Sinne ist heute vor allem ein Konzept für Mittelschichten. In Abhängigkeit von Bildung, Einkommen und Erwerbstätigkeit gedeiht es jenseits des alltäglichen Kampfs um die Existenzsicherung an der Schnittstelle von Eigeninteresse und Gemein Sinn und auf Basis der Erfahrung, dass Engagement sich lohnen kann.

Engagement im Quartier gegen Marginalisierung

In marginalisierten Quartieren ist es anders. Hier, wo Langzeitarbeitslosigkeit, Armut, Bildungsdefizite und das Fehlen des Bürgerstatus (Staatsangehörigkeit) prägend sind, konzentriert sich das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner rund um die alltägliche Lebensbewältigung. Gleichwohl ist es im *Förderprogramm Soziale Stadt* als Ressource von großer stadtpolitisch-strategischer Bedeutung: Es soll soziale Ausgrenzung mindern, lokale Teilhabechancen eröffnen und Gemeinwesenproduktion fördern.

Allerdings fehlen hier Zugänge und Erfahrungen, für sich und andere etwas bewirken zu können. Auch bilden die familiären und nachbarschaftlichen Netze keine Brücken über die Quartiere hinaus – die Menschen bleiben in ihren Netzwerken weitgehend unter sich. Vor allem Kinder und junge Leute mit Migrationshintergrund – mit ihnen verbindet sich immerhin die Zukunft der Städte – machen laufend die Erfahrung, dass es auf sie und ihr Engagement nicht ankommt.

So ist es ganz wesentlich, dass in den *Soziale-Stadt-Quartieren* zur Stärkung von Teilhabechancen auch Ermunterung und Empowerment – also Befähigung, Ertüchtigung, Stärkung – verlangt sind, und zwar in zweierlei Richtung: Damit Bewohnerinnen und Bewohner auf der lokalen Ebene in Entscheidungsgremien *Einfluss nehmen* und damit sie ihre Interessen in Projekten und Aktionen *gemeinsam umsetzen* können.

Teilhabe an Entscheidungen

Aus meiner Sicht gelingt vor allem in Richtung Einflussnahme vieles. Zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner sind in Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse eingebunden. Quartiersräte, Vergabebeiräte, Mitglieder in Arbeitskreisen entscheiden über komplexe Themen, Projektanträge und die Verteilung finanzieller Mittel. Sie mischen

sich ein in Bildungs- und Integrationsfragen, gestalten den Stadtumbau mit. Es hat sich vielerorts ein neues Profil des *Bewohner-Sachverstands* herausgebildet.

Derzeit sinken die finanziellen Mittel, über die es zu entscheiden gilt. Es werden „immer Dieselben“ registriert, die sich zusammenfinden, mancherorts wird in der „repräsentativen Zusammensetzung“ der Bewohnerschaft auch ein wenig „herumgetrickst“. Das Mitentscheiden ist Routine geworden. Erreicht werden neben Akteuren der *organisierten* Zivilgesellschaft vor allem die traditionellen und gestaltungsoptimistischen Milieus. Junge Leute, Migrantinnen und Migranten beteiligen sich durchweg zu wenig, wenngleich mehr als zuvor. Die Gründe dafür sind vielfältig – liegen aber auch in der traditionellen und stringenten Arbeitsweise von solchen Gremien, die man schon mögen muss.

Perspektive Selbstorganisation

Für *Empowerment* und *Selbstbefähigung* der partizipationsfernen Quartiersbewohnerschaft kenne ich wenige strategische Konzepte und nachhaltige Beispiele in der Breite, auch in meinen Vor-Ort-Aktivitäten ist oft Ratlosigkeit im Spiel. Sind die beteiligungsrelevanten Ziele der *Sozialen Stadt* zu hoch gesteckt? Überfordern sie die Professionellen, die Bewohnerinnen und Bewohner?

Sicher gibt es hohe Erwartungen – das gehört zu einem so ambitionierten „Bewusstseinsprogramm“ dazu. Verweise auf *Überforderung* allein aber verengen den Raum für kritische und selbstkritische Positionen. Und auch darum geht es. Aus meiner Sicht verharrt die *Soziale Stadt* oft im Fördermittdenken, in Verwaltungsabläufen und Abrechnungsprozessen – sie ist wenig radikal, experimentell und in der Praxis kaum als *offener Suchprozess für Engagementbereitschaft* angelegt. Die meisten Beteiligungsangebote sind in sog. Komm-Strukturen eingebettet. *Aktivierung* wird im Allgemeinen als Top-

down-Einladung zum *Mitmachen* und kaum als Unterstützungsprozess für das *Selbstmachen* verstanden.

Das muss im Ergebnis nicht schlecht sein, doch kann erst die Perspektive der *Selbstorganisation* bewirken, was mit der Sozialen Stadt beabsichtigt ist. Wenn Mütter zu Stadtteilmüttern werden, Eltern in der Schule ein Elterncafé betreiben, Schülergruppen eine Schülerfirma gründen und einen Kiosk eröffnen, junge Männer Mitternachtssport organisieren oder Mietergruppen ihre Höfe und Interkulturelle Gärten selbst gestalten, dann steckt darin neben den Chancen zur beruflichen Neuorientierung und Qualifizierung auch ein hohes Maß an Verantwortungsübernahme, auf die es in den Quartieren so sehr ankommt.

Offene und fördernde Rahmenbedingungen

Empowerment und das Engagement von Bewohnerinnen und Bewohnern brauchen fördernde und offene Rahmenbedingungen. Noch viel zu wenig sind sie auch *Ziel* der Verwaltung, Kitas und Schulen, der Vereine und Gremien. Mir gefällt die Idee einer Beteiligungs- und Engagementlandkarte für die Quartiere, aus der die zahlreichen Engagements, ihre Vernetzung und offene Unterstützungsfelder ersichtlich sind. Aus meiner Sicht geht es weniger um operative Steuerung als um strategi-

sche Weichenstellungen, auch um Erinnerungskontrollen für Unterstützungshandeln.

Als ich vor zehn Jahren im Rahmen der Difu-Begleitforschung eine Kinderkonferenz in Berlin-Kottbusser Tor durchführte, sind Schülerinnen und Schüler der Jens-Nydahl-Grundschule mit dem Wunsch an die Politik herangetreten, die defekte Uhr an dem Admiral-Kunstwerk vor der Schule wieder in Gang zu bringen. Vor einigen Monaten haben sie – nun bereits in anderer Zusammensetzung und mit kooperativem Blick – einen Brief verfasst und vorge schlagen, dass sie die Patenschaft für diesen Admiral übernehmen und für Sauberkeit rundherum sorgen, doch möge man bitte von Seiten der Verwaltung auch die Uhr reparieren oder entfernen. Es ist nichts geschehen, kein Brief, keine Antwort, Stillstand der Uhr seit zehn Jahren. Eine nicht ganz untypische kleine Eigeninitiative – aber schwerer einlösbar als ein entsprechender Fördermittelantrag des Fördervereins, bei dem die Kinder dann *mit-*

Einbindung in gesamtstädtische Engagementstrukturen

Wichtig sind Brücken des bürgerschaftlichen Engagements aus privilegierten sozialräumlichen Milieus in marginalisierte Quartiere. Stewardessen, Studenten, aktive Seniorinnen sind als Lesepa-

ten an Schulen aktiv, große Unternehmen fördern innovative Lernprogramme. Die Berliner Philharmoniker zeigen den Kindern, dass klassische Musik Spaß macht. Und die Uckermärkischen Bühnen in Schwedt/Oder präsentieren Schiller-Texte eindrucksvoll in einem Abrisshaus für diejenigen, die mit Einrichtungen der „Hochkultur“ wenig vertraut sind. Umgekehrt sind Engagementbrücken *aus den Quartieren heraus* wichtig. Musikdarbietungen aus Soziale-Stadt-Quartieren bei Bürgermeisterempfangen, Sportwettbewerbe zwischen den Quartieren oder der Erfahrungsaustausch von Quartiersräten bilden jedoch eher die Ausnahme. Auch solche Erfahrungen wirken als Ansporn, dass sich Engagement und Anstrengung lohnen – es entstehen Knoten in gesamtstädtischen Netzen. Vor allem für Kinder und Jugendliche braucht die *Soziale Stadt* das starke Wurzelgeflecht der Solidarität über Sozialräume und Milieus hinweg.

Kontakt:

Dr. Ingeborg Beer
Stadtforschung + Sozialplanung
Kurfürstendamm 123
10711 Berlin
Telefon: 030/89395513
E-Mail: info@stadtforschung-berlin.de
Internet: www.stadtforschung-berlin.de

Impressum

Bearbeitung:

Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Redaktion:

Thomas Franke (v.i.S.d.P.), Klaus-Dieter Beißwenger

Layoutentwicklung:

Susanna Mayer

DTP:

Christina Blödorn

Redaktionskontakt:

Difu-Redaktionsgruppe Soziale Stadt *info*,
Telefon: 030/390 01-282, Telefax: 030/390 01-275,
E-Mail: redaktion@sozialestadt.de, Internet: www.sozialestadt.de

Herstellung:

MercedesDruck Berlin

Abdruck:

bei Angabe der Quelle frei, Belegexemplar erbeten.

Soziale Stadt *info* wird auf 100-prozentigem Recyclingpapier gedruckt.



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

ABONNEMENT

Sie möchten Soziale Stadt *info* abonnieren?

Schicken Sie uns eine E-Mail: sozialestadt@difu.de
oder ein Telefax: 030/39 001-269

Geben Sie bitte Ihren vollständigen Namen,
die Adresse, ggf. Dienststelle oder Institution,
aber auch Telefon, Telefax an.

Oder senden Sie einfach eine Postkarte an:
Deutsches Institut für Urbanistik GmbH,
Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin.

Suchen Sie ältere Ausgaben des Soziale Stadt *info*?

Alle bisherigen Soziale Stadt *infos*
stehen unter www.sozialestadt.de
zum Download bereit.

online

„Engagement von Akteuren vor Ort“ – Anmerkungen aus Bundessicht

Eine entscheidende Voraussetzung für eine gerechte, sozial integrierende Stadtgesellschaft ist die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an gestaltenden Planungsprozessen sowie bei kulturellen und sozialen Projekten und Maßnahmen in der Stadt und im Stadtteil. Verantwortung übernehmen, Engagement einbringen und Zusammenhalt befördern sind Ziele einer aktiven Bürgergesellschaft. Nachbarschaften, informelle Gruppen, das breite Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen und auch lokale Unternehmen sind Zielgruppen des aktivierenden Staates im Kontext der Stadtentwicklung. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat auf diesem wichtigen Gebiet einen eigenen Handlungsschwerpunkt etabliert: „Bürger für ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft“.

Auch im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt haben Aktivierung und Beteiligung für die soziale Integration einen hohen Stellenwert. Aus bundesweiten Befragungen in der Sozialen Stadt und anderen Untersuchungen ist allerdings bekannt, dass es besonders schwierig ist, benachteiligte Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch Migrantinnen und Migranten, zu aktivieren. Das mag daran liegen, dass hier zunächst die Problemlagen und schließlich die spezifischen Potenziale und Bedürfnisse identifiziert werden müssen und mehr aufsuchende und aufklärende Arbeit notwendig ist, um potenzielle Akteure zu erreichen. In vielen Programmgebieten wird bereits eine breite Palette von Aktivierungsmöglichkeiten mit beachtlichem Erfolg eingesetzt: Befragungen, gemeinwesenorientierte Sozial- und Jugendarbeit, Stadtteilstefte, Mitmachprojekte, Ansätze zur Kontaktvermittlung und Akteursvernetzung.

Diese guten Ansätze erreichen mit Sicherheit noch nicht so viele Personen, wie es wünschenswert wäre. Für eine höhere Beteiligung sind dauerhafte Organisationsstrukturen und professionelle Unterstützung zur Impulsgebung sowie – zumindest von Zeit zu Zeit – externe Moderation und Steuerung nötig. Bürgerschaftliches Engagement sollte immer wieder durch Anerkennung und Wertschätzung, Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote sowie Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch bewahrt und verfestigt werden.

Die Erwartungen an Engagement und Beteiligung in benachteiligten Quartieren sollten realistisch sein. Ziel ist in erster Linie, den Bewohnerinnen und Bewohnern Möglichkeiten zu eröffnen, eigene Bedürfnisse zu artikulieren, das Selbstwertgefühl zu stärken, Gemeinschaften zu bilden, Mitverantwortung zu übernehmen und auch in Vereinen und Initiativen mitzuwirken.

Ist der Wunsch nach sozialer Integration ernst gemeint, so muss mehr Personal und mehr Infrastruktur zur Unterstützung dieser Quartiere bereit gestellt werden: einerseits für die Weiterentwicklung der lokalen Beteiligung, wie Selbsthilfekontaktstellen oder auch Freiwilligenagenturen, andererseits für die Wahrnehmung von sozialer Gemeinschaft und Verantwortung, etwa Familienzentren oder Jugendhäuser. Das Programm Soziale Stadt leistet für dieses Angebot wertvolle Hilfestellung.

Langfristige, über die Programmförderung hinausgehende selbsttragende Beteiligungsstrukturen in den Quartieren zu etablieren und zu verfestigen, gelingt nur mit einer sozialraumorientierten politischen Prioritätensetzung, für die auch auf Bundesebene immer wieder

geworben wird. Neue Chancen für mehr Beteiligung eröffnen die in jüngster Zeit zunehmend mit dem Sozialraum verknüpften Aktivitäten in den Bereichen Integration, Schule, Gesundheit und Sport.

Kontakt:

Martina Kocks

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

Deichmanns Aue 31–37

53179 Bonn

Telefon: 0228 99/401-2321

E-Mail: martina.kocks@bbr.bund.de

Internet: www.bbsr.bund.de